

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 1,10 Mark pro Monat,
 eingetragene in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1902 unter Nr. 7575.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühren
 beträgt für die sechsgepatente Annoncen-
 stelle oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Verträge
 und Veranlassungen 20 Pf., für
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
 nur das erste Wort frei. Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphische Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Freitag, den 26. September 1902.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Genossen! Genossinnen!

Die bevorstehende Vierteljahrsende bringt eine grundlegende Neuerung im geschäftlichen Betriebe des „Vorwärts“. Unser Blatt siedelt in das neue Haus, in den eigenen Druckerei-
 betrieb, den die Berliner Partei- und Gewerkschafts-
 genossen sich selbst errichteten. Vielerlei Mühewaltung wurde
 aufgewandt, um dieses Werk zu schaffen. Nicht durch Unter-
 nehmer-Kapital, nicht durch den Befehl des Kapitalisten
 wurde es geschaffen, das neue Heim ist die Schöpfung
 des treuen, brüderlichen Zusammenwirkens der weitesten Kreise
 der Berliner Arbeiterschaft. Zehntausende gaben ihr Scherlein,
 um ihrem Kampfblatte die würdige Stätte zu bereiten; zahlreiche
 Genossen und Genossinnen nahmen teil an den Vorbereitungen und
 Vorbereitungen. Das Werk, das nun seiner Vollendung entgegen-
 geht, ist ein Stück genossenschaftlicher und demokratischer Arbeit, und
 wir sind zuversichtlich überzeugt, dieses Werk wird die Berliner Ar-
 beitererschaft mit freudigem und dauerndem Stolz erfüllen.

Nachdem so der eigene Betrieb geschaffen ist, erheben sich nun neue
 Aufgaben, neue Verpflichtungen für unsere Genossen und Genossinnen.
 Der Zweck der Neuschöpfung ist gewesen, die geschäftliche Grundlage
 zu schaffen, von der aus der „Vorwärts“ eine noch weit
 größere Verbreitung in der Bevölkerung Berlins
 und der Berliner Vororte erringen soll als er bisher hatte,
 eine Verbreitung, wie dem Blatt derjenigen politischen Partei ge-
 bührt, deren Haupt- und Residenzstadt Berlin ist.

Die Umgestaltung des geschäftlichen Betriebes fällt in eine Zeit
 wichtigster politischer Entscheidungen. Bald nachdem
 wir Einzug in das neue Haus gehalten, wird der große Zollkampf in
 ganzer Schärfe entfesselt werden und das deutsche Volk geht einem
 Wahljahre entgegen, in dem sich die Zukunft Deutschlands ent-
 scheidet, ob es das Land der Junker und Kapitalisten, des Unrechts
 und der Bedrückung bleiben soll, oder ob die Bahn eröffnet werde
 der Volkswohlfahrt, der Gerechtigkeit, der Freiheit, dem Sozialismus.
 In diesen großen Kämpfen soll der „Vorwärts“ die Scharen der
 vorwärts stämmenden Arbeiterklasse beraten, belehren, anfeuern, zum
 Siege führen.

In keiner Zeit ist es dringlicher, die Agitation für den „Vorwärts“
 zu betreiben. Keine Zeit aber auch ist geeigneter für diese Agitation
 als die nun bevorstehende, da selbst die Trägsten durch eine frevel-
 hafte Wucherpolitik der herrschenden Klasse aufgerüttelt werden und
 da die Wahlvorbereitungen selbst die Gleichgültigsten aus dem politi-
 schen Schlummer erwecken. Jetzt gilt es darum, mit aller
 Begeisterung und mit unermüdblicher Lust für das Arbeiterblatt unter
 den Arbeitern zu werben! Jetzt gilt es, zahlreiche neue Leser dem
 „Vorwärts“ zuzuführen, neue Leser, damit jeder ein neuer Mit-
 kämpfer wird für unsere Ideale, ein Mithelfer an den Siegen, die
 wir erringen wollen.

Genossen und Genossinnen! Jedem unter Euch sei es heiliger
 Voratz, ein Werber zu sein für das Blatt seiner Interessen, seiner
 Kämpfe, seiner Zukunftswünsche. Jagt aus den Behausungen der
 Proletariatsmassen die Zeitungen der Ausbeuterparteien. Die
 Sensationsblätter der geistlichen Verderbnis. Schaffet Eingang in
 jedes Proletarierheim dem Blatt der Arbeiterklasse, Eurem
 Blatt, dem „Vorwärts“.

Mit dem 1. Oktober 1902 eröffnen wir ein neues Abonnement
 auf den „Vorwärts“ mit seinem wöchentlich fünfmal erscheinenden
 Unterhaltungsblatt und der Sonntags-Beilage „Die Neue
 Welt“.

Für Berlin nehmen sämtliche Zeitungs-Expeditoren
 sowie unsere Expedition, Benthstr. 3 (vom 30. September ab
 Lindenstr. 69) Bestellungen entgegen zum monatlichen Preise von
1 Mark 10 Pfennig frei ins Haus.

Für das übrige Deutschland nehmen sämtliche Post-
 ausstellen Bestellungen zum Preise von
1 Mark 10 Pfennig pro Monat

(ausgeschlossenlich 14 Pfennig pro Monat Bestellgeld) entgegen. (Ein-
 getragene in der „Vorwärts“ in der Post-Zeitungsliste unter Nr. 7575.)

Die Eingliederung des Zeitungsgeldes von den bisherigen
 Postabonnenten erfolgt gegen Quittung durch die Briefträger, die
 zur vollständigen Quittungsleistung berechtigt sind.

Neu hinzutretende Postabonnenten können die Zu-
 stellung der Zeitung und die Eingliederung des Zeitungsgeldes auch
 schriftlich bei der zuständigen Postanstalt beantragen.
 Für den örtlichen Bestellschreiber zc. wird eine Gebühr nicht erhoben.

Im Auslande kann der „Vorwärts“ gleichfalls bei der Post
 bestellt werden; der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich
 5 Fr. 1 Cts. in Belgien 3 Fl. in Holland 3 Fr. 50 Cts.
 in Dänemark, 5 Fr. 71 Cts. in Italien, 5 Fr. 15 Cts.
 in Luxemburg, 4 Fr. 66 Heller in Oesterreich-Ungarn, 6 Fr.
 10 Cts. in Rumänien, 4 Fr. 17 Cts. in Schweden, 5 Fr. in der
 Schweiz; 9 M. in Frankreich, England, Spanien und
 Portugal, den Vereinigten Staaten von Nord-
 amerika und andern zum Weltpostverein gehörenden außer-
 europäischen Ländern.

Unter Kreuzband direkt zur Expedition bezogen kostet der
 „Vorwärts“ pro Monat 2 Mark innerhalb Deutschlands und
 seiner Kolonien und in Oesterreich-Ungarn, im Auslande 3 Mark
 pränumerando.

Redaktion und Expedition des „Vorwärts“.

Fleischteuerung und Viehzölle.

Diese Zunahme der Einfuhr von frischem und einfach zu-
 bereitetem Fleisch, die im Jahre 1891 nur 195 455 Doppelcentner im
 Werte von 18,3 Millionen Mark und in 1892 277 022 Doppelcentner
 im Werte von 23,4 Millionen Mark betragen hatte, war natürlich
 den Agrariern höchst unangenehm, drohte doch diese Fleischzufuhr die
 Vorteile, die ihnen die Erleichterung der Vieheinfuhr brachte, teil-
 weise wieder auszugleichen. Auf ihre Agitationen ging im Februar
 1899 von der Regierung dem Reichstage der Entwurf eines Gesetzes über
 Schlachtvieh- und Fleischbeschau zu, der nach verschiedenen Abänderungen
 im Mai 1900 Annahme fand. Dadurch wurde die Einfuhr von Rindern
 und Büchsenfleisch sowie die Einfuhr von Ferkeln in Städten von
 unter acht Pfund gänzlich verboten und ferner bestimmt, daß frisches
 und bereit zubereitetes Fleisch, das „die Eigenschaft frischen Fleisches
 im wesentlichen behalten hat“, nur in ganzen Tierkörpern, die bei
 Rindvieh (ausgeschlossen der Kälber) und bei Schweinen in Häuten
 zerlegt sein können, eingeführt werden dürfen, vorausgesetzt, daß
 mit diesen Brust- und Bauchfell, Lunge, Herz, Nieren usw. in natür-
 lichem Zusammenhang verbunden bleiben. Neben der Beschränkung
 der Vieheinfuhr wurde dadurch eine Beschränkung der Fleisch-
 einfuhr geschaffen, die sich namentlich gegen sogenanntes einfach zu-
 bereitetes Fleisch richtete und zur Folge hatte, daß dessen Einfuhr,
 die in 1898 einen Wert von 46 Millionen Mark erreicht hatte, im
 letzten Jahre (1901) auf 21,4 Millionen Mark zurückging.

Von ungefähr der Mitte des Jahres 1900 beginnt mit dem
 Nachlassen des Auftriebes von Schweinen auch für diese wieder eine
 Preissteigerung. Für das dritte Quartal stellte sich der Durch-
 schnittspreis in Berlin bereits auf 101,8 M., für das vierte Quartal
 auf 104,1 M. pro Doppelcentner Lebendgewicht (die Preise verstehen
 sich immer für zweite Qualität). Und diese Preisbewegung setzt
 im nächsten Jahr, nachdem sich die Wirkung des oben erwähnten
 Gesetzes geltend zu machen beginnt, ihren Aufstieg fort; im
 dritten Quartal 1901 erreicht der Preis den Stand von 116,4 M.
 und im vierten Quartal stellt er sich auf 120,7 M. pro Doppel-
 centner. Gleichzeitig ziehen auch die Preise für Minderqualitäten an;
 in Berlin beträgt der Preis für Ochsen zweiter Qualität im dritten
 Quartal 1901 = 119 M., im vierten 117,4 M. pro Doppelcentner
 Schlachtgewicht.

Sicherlich würde in der zweiten Hälfte des vorigen Jahres die
 Preissteigerung noch eine weit größere gewesen und die jetzige
 Fleischteuerung schon damals hervorgerufen sein, hätten nicht zwei
 Umstände dem entgegengekömmt: einerseits der verminderte Konsum
 der unteren Klassen infolge weiterer Verschärfung der Krise,
 andererseits der Futtermangel. Wohl brachte das vorige Jahr eine
 gute Kartoffelernte; aber die Roggen-, Weizen- und Gerstenernte,
 sowie der Ernteertrag an sonstigen Futtermitteln fiel weit ungenügender
 aus als in den Vorjahren, und dazu kam der unglückliche Ertrag der
 Maisernte in den Vereinigten Staaten von Amerika, wodurch der
 Preis von Mais, der zu einem unentbehrlichen Futtermittel unserer
 Landwirtschaft geworden ist und von dem 1900 für 129 Millionen
 Mark in das deutsche Zollgebiet eingeführt wurden, maßlos in die
 Höhe getrieben wurde. Noch zu Anfang des vorigen Jahres hatte
 in Hamburg der Preis für gemischten amerikanischen Mais, un-
 verzollt, 80 bis 87 M. pro Tonne betragen, nach der Ernte
 schenkte er in raschen Sprüngen aufwärts und stellte sich schon im
 November auf 121 M. Unter diesen Verhältnissen zogen viele Land-
 wirte vor, die sich sonst genötigt gesehen hätten, in größerer
 Masse Futter zuzukaufen, ihr Vieh zur Schlachtung anzuführen. Bei
 den hohen Futtermittelpreisen war es schwierig, die Mast fortzusetzen,
 während auf der andern Seite die hohen Viehpreise zum Verkauf
 lodten.

Wesentlich anders liegen aber die Verhältnisse in diesem Jahr.
 Nicht nur die Getreide-, auch die Futtermittel sind reichlich ausgefallen,
 als seit langen Jahren, und so hält der Landwirt, der Großgrund-
 besitzer wie der Bauer, mit dem Verkauf des Viehs zurück und
 rechnet auf weiteres Steigen der Preise. Dieser verringerte Antrieb
 hat bewirkt, daß in letzter Zeit auf dem Berliner Viehmarkt sich die
 Notierungen für Ochsen zweiter Qualität auf 128—134 M., für voll-
 fleischige Kühe auf 120—125 M., für Kälber zweiter Qualität auf
 144—160 M. pro Doppelcentner Schlachtgewicht und für Schweine
 zweiter Qualität auf 124—125 M. pro Doppelcentner Lebendgewicht
 stellen, während im September 1899 die Durchschnittspreise 116,
 108 1/2, 137, 94 1/2 M. betragen. Demnach hat bei Ochsen und Kühen
 eine Preissteigerung von ungefähr 15—18 Proz., bei Schweinen von
 35 Proz. stattgefunden.

Es haben also tatsächlich verschiedene Umstände zur jetzigen
 Fleischteuerung beigetragen, ja man kann sogar den Agrariern das
 Zugeständnis machen, daß auf die Preisgestaltung einzelner Fleisch-
 artikel auch die Preistreiberereien der amerikanischen Fleischcompagnien
 nicht ganz ohne Einfluß geblieben sind, wenigstens insofern, als
 dadurch in manchen Artikeln, z. B. in Schmalz, die Auslands-
 konkurrenz geschwächt wurde; aber demnach bleibt richtig, daß alle
 diese Umstände die Wirkung, die sie ausgeübt haben, nie hätten
 haben können, daß demnach die Preise nie zu der jetzigen Höhe
 gestiegen wären, wenn nicht durch die bestehenden Sperrenregeln
 und Fleischzufuhr-Verbote resp. Beschränkungen die Kon-
 kurrenz der Nachbarstaaten vom einheimischen deutschen Markte
 ferngehalten und dadurch eine Ausgleichung verhindert worden wäre.

Demgegenüber erklärt allerdings das Flugblatt des Bundes der
 Landwirte, von einer Einfuhrbeschränkung könne keine Rede sein,
 denn die Einfuhr entweder lebenden Schlachtviehes oder des
 Fleisches der wegen der Gefahr einer Seucheneinfuhr vor der
 Einfuhr geschlachteten Tiere darf erfolgen und erfolgt un-
 begrenzt aus: Oesterreich-Ungarn, Dänemark, Holland, Belgien,

Frankreich, die Schweiz, Italien und den Vereinigten Staaten
 von Amerika.“ Das ist eitel Spiegelscherelei. Lebende
 Schweine dürfen aus Russland und unter besonderen
 Bedingungen von Holland in einige westliche Grenzorte
 eingeführt werden; die Zahl ist jedoch beschränkt. Für
 Russland ist ein Kontingent von 70 000 Stück festgesetzt, und die
 Einfuhr in die reichsständischen Bezirke beträgt nur wenige Tausend;
 außerdem aber müssen diese Schweine sofort nach bestimmten
 Schlachthöfen überführt und dort abgeschlachtet werden. Aus Oest-
 reich dürfen nur geschlachtete Schweine unter dem im Fleischbeschau-
 Gesetz genannten Bedingungen importiert werden. Rinder können aus
 Oesterreich-Ungarn lebend eingeführt werden; müssen aber ebenfalls
 direkt nach den städtischen Schlachthäusern verfrachtet und dort inner-
 halb 2—5 Tagen — jezt ist die Frist meist auf 6—7 Tage verlängert —
 abgeschlachtet werden. Dänisches Rindvieh unterliegt dagegen einer
 zehntägigen Quarantäne und einer Impfung mit Tuberkulin. Es braucht
 nicht erst hervorgehoben zu werden, daß alle diese Maßregeln — zu
 denen natürlich noch als preissteigernd die Zollgebühren hinzuzurechnen
 sind — die Einfuhr wesentlich verteuern. Das bereits geschlachtete
 Vieh verdirbt auf dem Transport sehr leicht und muß sofort nach
 Ankunft verkauft werden, wenn es nicht unbrauchbar werden soll,
 und die Bestimmung, daß das Rindvieh direkt nach bestimmten
 Schlachthäusern transportiert und dort innerhalb weniger Tage ab-
 geschlachtet werden muß, verhindert ebenfalls einen billigeren Massen-
 bezug, von dem Erleichterungen der Einfuhr durch die Quarantäne
 und Tuberkulin-Impfung ganz zu schweigen.

Aber das Flugblatt hat noch einen andern Beweis für die
 Anglosigkeit der Aufhebung der jetzigen Einfuhrbeschränkungen. Es
 behauptet, die Viehpreise des Auslandes seien gar nicht viel höher
 wie die deutschen, und beweist dies nicht etwa damit, daß es die
 Notierungen der größeren holländischen, östlichen, österreichischen Vieh-
 märkte zc. den betreffenden deutschen Notierungen gegenüberstellt,
 sondern in dem es die Notierungen eines einzigen Tages, des
 23. August, für fetter Ochsen auf den Viehmärkten von München
 und Berlin vergleicht und dann aus der einige Mark höheren
 Münchener Notierung die Folgerung zieht, wenn Berlin aus Oesterreich
 Ochsen bezöge, würde sich in Berlin der Preis für die österreichischen
 Ochsen infolge der größeren Fracht noch höher stellen, als in
 München.

Eine turlöse Beweisführung. Erstens beweist die zufällige höhere
 Notierung eines Tages recht wenig; zweitens ist die Qualität der auf
 dem Münchener Viehmarkt zum Verkauf gelangenden besten österreichischen
 Mastochsen eine bessere, wie die Qualität der in Berlin zum Verkauf
 gelangenden Ware, drittens stehen in den Münchener Preisen
 neben dem Zoll die durch die Einfuhrbeschränkungen bewirkten
 Preisvertierungen; und viertens würden selbstverständlich die
 Berliner Händler und Schlächter im Fall einer Aufhebung der
 Grenzsperr-ebenso wie Ochsen aus Oesterreich beziehen, wie die
 Danziger ihren Bedarf an Schweinen sich aus Holland kommen
 lassen würden — sondern natürlich aus dem für den Bezug am
 günstigsten gelegenen Nachbarland, also aus Dänemark.

Und gleichwertig ist die Behauptung, die Aufhebung der Grenz-
 sperre würde eine sofortige Ausbreitung der Maul- und
 Klauenseuche zur Folge haben. Bisher hat eine Ein-
 schleppung der Seuche nicht nachgewiesen werden können,
 und soweit eine Gefahr besteht, läßt sich durch sorgfältige
 Untersuchungen der eingeführten Tiere vorbeugen. Tatsächlich hat
 denn auch gestern der Landwirtschaftsminister selbst zugestanden, daß
 eine Einschleppung von seuchenkranken Vieh aus Russland, das bis-
 her als hauptsächlichster Herd der Seuche galt, fast völlig an-
 geschlossen sei. Dagegen ist es eine statistisch festgestellte Tatsache,
 daß unter dem Schutze der Grenzsperr-ebenso wie sich in Deutschland die Maul-
 und Klauenseuche beträchtlich ausgebreitet hat. Es waren nämlich
 von der Seuche betroffen:

1894:	9 049	Gehöfte mit	93 910	Rindern und	32 405	Schweinen
1895:	16 975	„	195 120	„	58 566	„
1896:	68 874	„	710 481	„	252 068	„
1897:	40 269	„	587 969	„	176 227	„
1898:	41 651	„	462 078	„	121 107	„
1899:	162 657	„	1 895 774	„	814 892	„
1900:	29 583	„	430 856	„	200 294	„

Die Ausbreitung der Seuche haben demnach die Grenzsperr-
 maßnahmen nicht zu verhindern vermocht. Ihre Wirkung ist lediglich
 die Verteuerung. Und doch ist's mit den jetzigen Einfuhrbeschränkungen
 noch nicht zu Ende; das Viehverbot und die am 1. April nächsten
 Jahres in Kraft tretenden Bestimmungen, welche die Einfuhr einer
 Reihe weiterer frischer Fleischteile verbieten, namentlich von Schweine-
 lebern und -Lungen, Herzen, Nieren, und Schweineknöcheln zc., werden eine weitere
 Einschränkung der Fleischzufuhr bringen.

Und was dann von der Einfuhr noch übrig bleibt, das werden,
 wenn es nach dem Willen der Junker protestantischer und katholischer
 Färbung geht, die geplanten Viehzölle abschneiden. Bedeutet
 schon der Regierungsentwurf eine Belastung des Verbrauchs von
 Rindfleisch um 9—22 M. und des Schweinefleisches um 12—14 M.
 pro Doppelcentner Schlachtgewicht, so steigern die Verschlässe der
 Mehrheitsparteien in der Zollkommission diese Belastung zum Teil
 noch um das Anderthalbfache.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 25. September.

Die Aufkündigung des Wucherfriedens.

Wir haben nicht aufgehört, den liberalen Wucher zu bekämpfen,
 als müßten die andauernd hartnäckigen Zwistigkeiten zwischen den
 Sozialparteien und der Regierung das Scheitern der Tarifvorlage be-
 dingen. Seit wiederum erklärt die „Politische Bl.“ den Tarifentwurf

als „ein stolzes Kind“. Die Liberalen träumen Reichstagswahlen, in denen die Regierung im Gegensatz zu den Fortschrittlichen über den Zoll steht. Würde dieser thörichte Wahn nicht erfreulicherweise auf die Liberalen beschränkt bleiben, so könnte er den Kampf gegen den Zollwucher verhängnisvoll schwächen und lähmen. Gewiß würden auch wir es begrüßen, wenn der schmähliche Wuchertarif durch die eigne Eier der Zollfordernden zu Grunde ginge. Das deutsche Volk aber hat den Kampf gegen die Tarifvorlage zu führen, als sei der Ausgleich zwischen den jetzt noch Hadernden gewiß. Und wir haben allen Anlaß, das Zustandekommen dieses Ausgleichs als gewiß zu halten.

In Königsbrunn wurde am Donnerstag das hundertjährige Jubiläum der vereinigten Königs- und Laurahütte feierlich begangen. Nicht nur die Spitzen der Provinzialbehörden waren erschienen, auch Minister Müller beteiligte sich an dieser großindustriellen Feier. Minister Müller hielt eine Ansprache, in der er die großen Herren der Industrie verherrlichte und etwaige Zweifel über die Aussichten der Industrie infolge des Zollstreites durch den Trost verscheuchte, daß der Zollausgleich sicherlich sich finden werde. Minister Müller führte aus:

„Es ist mir eine besondere Freude, daß ich es ermöglichen konnte, als Mitglied der königlichen Staatsregierung hier zu erscheinen und Ihnen die Glückwünsche derselben zu überbringen mit dem schönen bergmännischen Gruß „Glück auf!“ Der geehrte Herr Vorredner (Bergrat Junghans) hat Ihnen aus dem Geseht, wie die gewaltige Industrie, die jetzt die ganze Gegend bedeckt, durch Gründung der Königs- und Laurahütte ins Leben gerufen worden ist. Was wir hier auf diesen großen Werken sehen, ist der Beweis dafür, was wir im ganzen deutschen Vaterland in der Industrie erleben: viele Millionen fleißiger Hände regen sich täglich und erwerben ihr Brot in der Industrie. Wehe als ein Fünftel, man kann wohl sagen ein Viertel aller Deutschen leben direkt von der Industrie. Das gibt uns ein Bild von der Bedeutung, die die Industrie für das deutsche Vaterland hat. Ohne die verborgenen Hände der zahlreichen Industriellen und Arbeiter hätten auch die großen Staatsmänner, die wir das Glück haben zu besitzen, nicht das für das deutsche Vaterland geschaffene, was sie geschaffen haben, und umgekehrt hätte auch die Industrie das nicht werden können, was sie geworden ist, wenn die großen Staatsmänner die Geschichte des Landes nicht so ausgezeichnet leiten würden. Leider wird vielfach im Lande die hohe Bedeutung der gewerblichen und industriellen Arbeit nicht voll erkannt. Der erste Gedanke jedes Staatsmannes muß sein, die gewaltige Macht, die die Industrie für das Vaterland bedeutet, im allgemeinen Interesse allerdingens, nicht in ihrem eignen Sonderinteresse, weiter zu entwickeln. Der geehrte Herr Vorredner hat von gewissen schweren Wetterwolken gesprochen, welche am Himmel stehen und die Fortentwicklung der Industrie zu bedrohen scheinen. Ich habe die Zuversicht, daß dies nicht der Fall sein wird. Wir sind heute nicht mehr das Volk von Träumern, welches wir vor mehreren Jahrzehnten noch gewesen sind; sondern wir sind thätig, zielbewußte Männer, die die Interessen des Landes wohl zu wahren verstehen. Ich bin überzeugt, ein Ausgleich der widerstreitenden Interessen wird sich finden. Was notwendig ist, muß kommen. Und, meine Herren, ich bin der Ueberzeugung, ein Ausgleich wird sich finden. Der Redner weist sodann noch auf die Lebenshaltung der Hüttenarbeiter hin, die sich in den letzten Jahrzehnten so erheblich gebessert und vervollkommnet habe, und betont, daß der Dank hierfür auch den Männern mit gebühre, die das Jubiläumswort geschaffen haben. Auch der Kaiser hege diese Dankesfühle und ihm, dem Minister, sei die ehrenvolle Aufgabe zu teil geworden, verschiedene Auszeichnungen, die der Kaiser zum heutigen Tage verliehen habe, bekannt zu geben. Der verdienstvolle Leiter des Werkes, Bergrat Junghans, sei zum Geheimen Bergrat ernannt worden; der Hof-Adlerorden vierter Klasse wurde verliehen dem Bergat Pfeifer, dem Ersten Bürgermeister Stolle von Königsbrunn und dem Hüttendirektor Sugg; der königliche Kronorden vierter Klasse dem Chef-Chemiker Dr. Hillmann, dem Verginsspektor Klust, dem Maschineninspektor Angele und dem Ober-Hütteninspektor Taubinger, außerdem wurden zwölf allgemeine Ehrenzeichen verliehen.“

Minister Müller hatte die Güte, auch der Arbeiter in seinem Hymnus auf die industrielle Entwicklung zu gedenken. Es erhöht die Jubiläumslust der Feiernden und durch Ordensgünst Beglückten, sich eine „erhebliche Besserung und Vervollkommnung“ in der Lebenshaltung der Arbeiter vorzutäuschen. Es wäre grausam, die Festfreude zu stören durch die Erinnerung an das Sinken der Löhne in neuester Zeit, an die Arbeitslosigkeit, an die Notstandspreise für Fleisch. Es genügt, daß die Aktionäre, die Direktoren, die Aufsichtsräte jahraus jahrein Unsummen aus der Königs- und Laurahütte ziehen — das ist die vom Minister gerühmte Blüte der kapitalistischen Industrie. Von politischer Bedeutung ist die Erklärung des Handelsministers,

er sei überzeugt, ein Ausgleich in der Zollfrage werde sich finden und die dräuende Wetterwolke werde sich verteilen. Das ist nicht nur die Hoffnung des Zustandekommens der Tarifvorlage, es ist der Ausdruck der Gewißheit. Und es ist klar: hätte die Regierung nicht diese Zuversicht, so würde sie die Fortberatung der Tarifvorlage nicht mit Langmut und Eifer betreiben.

In der „Post“ wird auch bereits ein vollständiger Ausgleichsplan vorgelegt. Die „Post“ nimmt von allen Streitpunkten zwischen der Zollmehrheit und der Regierung nur die Vieh- und Getreidezölle ernst. Sie führt dann aus:

„So unüberbrückbar auch auf den ersten Blick die Kluft erscheint, welche Regierung und Reichstagsmehrheit in Bezug auf die Vieh- und Getreidezölle heute noch trennt, so ist in Wirklichkeit eine Verständigung auch in diesem Punkte noch keineswegs ausgeschlossen.“

Es scheint daher der Ausweg aus dem vorhandenen Dilemma gegeben. Man verständigt sich beiderseits, die Probe auf das Exempel in der Praxis zu machen, und zwar engagiert sich die Regierung, nach bestem Wissen und mit allem Fleiße zu versuchen, die von dem Reichstage für erforderlich erachteten Zollsätze für Vieh bei den Handelsvertrags-Verhandlungen durchzusetzen, behält sich aber vor, unter diese Sache herunterzugehen, sofern sich die Auffassung des Reichstages (daß ein Abschluß von Handelsverträgen bei diesen Zollfragen möglich sei) tatsächlich als irrig erweist. Der Reichstag würde umgekehrt sich verbindlich zu machen haben, Handelsverträge mit niedrigeren Viehzöllen als den von ihm für notwendig erachteten Mindestzöllen nicht schon aus diesem Grunde zu verwerfen, sondern sie unbefangenen auf ihren Gesamtwert zu prüfen.

Die Form, welche für eine solche Vereinbarung zu wählen wäre, ist an sich ziemlich nebensächlich, wenn man erst in der Sache selbst einig wäre. Es wird eine Form der Vereinbarung zu wählen sein, welche sorgsam vermeidet, daß es den Eindruck gewinnt, als habe sich der eine oder andre Teil vor dem Gegenpart gebeugt. Riquel und wahrscheinlich auch Dr. Lieber würden vorzuziehend die Form gefunden haben, in welche unter diesen Gesichtspunkten eine Verständigung auf der vorangezeichneten Grundlage über die Viehzölle zu finden wäre. Herr Spahn, welcher auf dem Reichstage die Nachfolge Dr. Liebers übernommen hat, wird jetzt zeigen können, ob er in der That die Geschicklichkeit seines Vorgängers besitzt.

Nach diesem Versuch, Herrn Spahn durch aufgetragenes Lob in seinen Ausgleichsplänen zu stärken, richtet die „Post“ ihr dringliches Sammelwort wiederum an die Regierung, indem sie betont, wie groß das Interesse der Regierung sei, noch höhere Getreidezölle zu erzielen, als ihre Vorlage fordere. Was früher entschieden abgelehnt wurde, daß die Zollserhöhung ein Mittel sein solle, die Reichsfinanznot zu beseitigen, das geschieht jetzt die „Post“ offenherzig ein. Das Defizit des Reiches ist schon jetzt erschreckend groß, der neue Etat wird ein Defizit von sicherlich 100 Millionen aufweisen, — also möge die Regierung durch Zustimmung zu den agrarischen Zollwünschen sich von der eignen Finanznot befreien!

Auch die Vorgänge in der letzten Sitzung der Zollkommission zeigen deutlich, wie die Zollgegenstände Stück um Stück abgetragen werden. Die in der ersten Lesung der Kommission durchgeführte Herabsetzung der Garbzölle ist von denselben Parteien wieder rückgängig gemacht worden, die sie kürzlich als durchaus nötig im Interesse der Weberei beschlossen hatten. Wenn also die Zollparteien der Regierung entgegenkommen beweisen, wird auch diese es nicht gänzlich an sich fehlen lassen.

Durch den inneren Hader haben die Zollinteressenten das Wesen des Wuchertarifs unübersehbare gekennzeichnet, sie haben auch sein Zustandekommen hinausgeschleppt und verlangsamt. Doch nicht dieser Hader wird dem frevelhaftesten Hungergesetz ein Ende bereiten. Diese Aufgabe gehört der deutschen Arbeiterklasse!

Deutsches Reich.

Als mähiges Gerede bezeichnet die „Nordd. Allg. Ztg.“ das Geräch, daß Graf Bülow persönlich den Agrariern eine Erhöhung der Getreidezölle um 50 Pf. über die Regierungsvorlage hinaus zugesagt habe, hierfür aber ebenso wie bei seiner Verantwortung der Gewährung von Vätern die Zustimmung des Reiches nicht erlangt habe und sich auch nicht getraue, eine solche formell nachzusuchen.

Was ist mähiges Gerede? Will die „Nordd. Allg. Ztg.“ erklären, daß Graf Bülow sich doch getraue, die Erhöhung der Getreidezölle um 50 Pf. beim Kaiser nachzusuchen?

Proteste gegen die Fleischnot. Aus Hamburg wird berichtet: Die Hamburger Fleischnot nahm nach längerer Debatte, an der sich der Antisemit Raab und Genosse Stolten beteiligten,

mit großer Majorität einen Antrag von Dr. Dränert und Genossen an, der den Senat ersucht, beim Bundesrat die Aufhebung der Fleischnot-Berbote zu beantragen.

Aus Bremen schreibt man uns: Die Bremische Bürgerschaft nahm heute nach längerer Debatte unter Stimmenthaltung der wenigen anwesenden Großlandwirte den Antrag an, den Senat zu ersuchen, durch den Bundesrats-Bevollmächtigten beim Bundesrat unverzüglich die Aufhebung des bestehenden Vieheinfuhr-Berbots für die gesamte Reichsgrenze zu beantragen. Der Antrag war von den Liberalen eingebracht. Gegenüber früheren sozialdemokratischen Anträgen, so gelegentlich des preussischen Anhebgesetzes und später der Buchhändlervorlage, hatten sich die Liberalen auf die Politik des „Vertrauens zu dem Senat“ zurückgezogen. Jetzt hat die Not sie reden gelehrt!

Gegen den Luchtrahozoll nahm am Donnerstag der Centralverein der Lederindustrie in einer zu Berlin abgehaltenen Generalversammlung Stellung. Es wurde folgende Resolution beschloffen:

„Die außerordentliche Generalversammlung des Centralvereins der Deutschen Lederindustrie, in welchem der weitaus größte Teil der deutschen Gerberei vereinigt ist, legt Protest ein gegen jegliche Gebirgszoll-Vorzölle.“

Gerbirgszoll-Vorzölle, in welcher Höhe sie auch festgesetzt würden, würden dem deutschen Eigenhändler nach dem Eingangsverhältnis der verbündeten Regierungen selbst dauernde Vorteile nicht bringen können,

wohl aber würden sie, wenn sie sich in der Höhe der Regierungsvorlage bewegen würden, die Lederindustrie sowie die Lederverarbeitenden Industrien mit ihren Hunderttausenden von beschäftigten Personen schwer schädigen, wenn sie in der von der Zolltarifkommission in zweiter Lesung beschlossenen Gestalt Gesetz würden, große Teile der Lederindustrie ruinieren.

Die außerordentliche Generalversammlung beauftragt den Vorstand, bei dem hohen Reichstage auf das Dringendste dahin vorstellig zu werden, daß alle Gebirgszoll-Vorzölle, auch die von den verbündeten Regierungen vorgeschlagenen, abgelehnt werden.“

Wegen des „Lanfkanals“ soll Minister v. Bobbelski mit dem westpreussischen Großgrundbesitzer, dem gegenüber er die Kaufsteuer gethan, wegen seiner Indiskretion arg zusammengegeraten sein. So meldet das „S. Z.“ und lindigt zugleich eine Interpellation im Abgeordnetenhaus über dies Ereignis Bobbelskis Humors an. Ob wohl Graf Bülow im vertrauten Zwiegespräch gelegentlich auch von dem Lanfkanal redet? —

Offizierspensionen und Lebensmittelerneuerung. In Dresden fand kürzlich eine Versammlung pensionierter Offiziere statt, die beschloß, sich mit einer Eingabe an den Reichstag zu wenden, durch die gefordert wird, daß das neue Militärpensions-Gesetz, das der „Sachsen-Spiegel“ unlängst ankündigte, auch rückwirkend in Kraft erhalten solle. Da durchgefordert sei, daß dies neue Pensionsgesetz für bereits verabschiedete Offiziere keine Geltung haben solle, hatten sich die Ständemitglieder zusammengesetzt, um gegen eine derartige Fassung des Gesetzes zu protestieren. Das solle durch eine Eingabe, nicht durch eine Petition geschehen, denn es handle sich um keine Gnade, sondern um ein wohlverworbenes Recht angesichts der allgemeinen Lebensmittelerneuerung und sonstigen Verteuerung. Es sei kein Akt der Gerechtigkeit, daß es nach der Richtung ihrer Pensionen hin zwei Klassen von Offizieren gäbe, besser gestellte, die immerhin zu leben vermögen, und schlechter gestellte, die allmählich dem Proletariat in die Hände fallen müßten. Ein Hauptmann zweiter Klasse zum Beispiel beziehe nach fünfzehn Jahren eine Pension von 1197 M., nach dem neuen Gesetz werde ein solcher 290 Mark erhalten. Dieser könne ja zur Not leben, wie aber jener mit Familie und 1197 M. bei heutiger Zeit noch auskommen solle, wisse er nicht. Ferner solle darauf hingewirkt werden, daß den ausscheidenden Offizieren nicht mehr bloß eine Aussicht, sondern ebenfalls ein Recht auf Anstellung im Civildienst eingeräumt werde, die einem Offizier angemessen sei, ihn aber nicht mit einem Subalternoffizier auf die gleiche Stufe stelle.

Die Herren Offiziere haben ja darin recht, daß bei den heutigen Lebensmittel- und sonstigen Preisen mit 1200 M. eine Familie nicht auskommen kann. Sie verlangen daher einfach eine Verdoppelung ihrer Pension. Arbeiter freilich beziehen erst nach mehr als 55 jähriger Thätigkeit ein „Augegeld“ von 110—230 M. —

Wilhelm Schellhauser, der von 1878 bis 1898 dem Reichstag als Nationalliberal angehörte, ist 82 Jahre alt, gestorben. Er beteiligte sich besonders an der Kolonialpolitik. Verdienstvoller sind seine literarischen Bemühungen um die Shakespeare-Forschung und Shakespeare-Verbreitung. —

Das Bürgerrechtsgeld. Eine Anzahl Arbeiter und Handwerker in Strassberg in der Provinz Brandenburg hatte man 1900 aus der Liste der stimmungsberechtigten Bürger, die sie bis dahin verzeichnete, deshalb gestrichelt, weil sie für dies Jahr nicht zu einem Steuerfah von mindestens 4 M. veranlagt worden waren. Im Jahre

Franz Sigel im badischen Feldzug von 1849.

Die eben erschienenen Denkwürdigkeiten des Generals Franz Sigel*) rufen die wehmütige Erinnerung an jene trüben Tage wieder wach, als es mit der deutschen Revolution zu Ende ging, als die in den herrlichen Märztagen von Württemberg die Erfüllung so nahe geschienenen Hoffnungen unsrer Nation auf ein freies und einigtes Deutschland mit den Opfern der badischen Scharrechtsmorde zu Grabe getragen wurden. Als es nach der Ablehnung der Kaiserkrone durch Friedrich Wilhelm IV. (3. April 1849) auch dem blödesten Auge klar geworden war, daß das deutsche Volk von seinen Fürsten kein Entgegenkommen zu erwarten habe, daß vielmehr die Ausfertigung der ganzen Bundesstaatsmilitäre im vollen Anzuge sei, da flammte die Entrüstung des in den April geschickten Volkes noch einmal mächtig auf und entlud sich in den sogenannten Reichsverfassungskampfen des Monats Mai 1849. Zwar die Barrikadenkämpfer von Dresden und die demokratischen Arbeiter des berglich-mährischen Industriegebietes erlagen noch tapferem Widerstande den preussischen Bajonetten, aber es konnte doch ein paar Wochen lang scheitern, als sie eine Wendung des Blattens zu Gunsten der Demokratie noch in letzter Stunde nicht ausgeschloffen. Denn in Baden hatte sich die Masse der Bevölkerung erhoben, hatte die Armee der Sache des Volkes sich angeschlossen und den Großherzog missant seinem reaktionären Ministerium aus dem Lande gejagt. Damit verfügte die Demokratie über einen ganzen deutschen Staat mit all seinen Hülfsmitteln, mit einer regulären Armee, die unter Einrechnung der in der gleichfalls aufständischen Pfalz übergegangenen Truppen an die 20 000 Mann zählte und die revolutionäre Propaganda in die gärenden Nachbarländer tragen konnte, wenn sie zu einem energischen Offensivstoß benutzt wurde, ehe die vom Pfälzlichen Großherzog zu Hilfe gerufenen preussischen Armeekorps unter dem Befehl des „Kartätschenprinzen“ in Aktion zu treten vermöchten.

Dieser verantwortungsvollen Aufgabe schickte sich zu unterziehen, fiel dem damals erst fünfundsiebzigjährigen Franz Sigel zu, einem ehemaligen badischen Lieutenant, der trotz militärischer Reigungen, aber wegen freibürgerlicher Gesinnung seinen Abschied genommen hatte. In den Märztagen stellte er seine Kräfte begeistert in den Dienst der Volkssache, indem er sich mit Eifer und Erfolg der Errichtung und Ausbildung von Volkswachen widmete. Er nahm dann im April 1849 an dem unglücklichen Feder-Zug teil,

auf den die vorliegenden Denkwürdigkeiten neues Licht werfen, auf den hier aber nicht weiter eingegangen werden kann, entkam unter ganz romanhaften Umständen in die Schweiz und wurde in contumaciam zu lebenslänglichen Gefängnis verurteilt. Dadurch ließ er sich nicht abhalten, nach dem Ausbruch der Märzrevolution von 1849 dem an die Stelle der verjagten Regierung getretenen „Landesausschuß“, an dessen Spitze Clemens Brentano stand, alsbald seine Dienste zur Verfügung zu stellen. Er arbeitete zunächst im Kriegsministerium, wo er eine fabelhafte Verwirrung antrat, als Vorstand des „Bureaus der Operationen“, wußte sich aber auch bei dem herrschenden Mangel an brauchbaren Persönlichkeiten mit allen möglichen Dingen befassen, die außerhalb seines Ressorts lagen. Diese Bureauthätigkeit währte nicht lange; denn schon am 25. Mai wurde Sigel zum Oberbefehlshaber der badischen Armee am Neckar ernannt, an Stelle von Eichfeld, der sich dem Posten nicht gewachsen fühlte.

Es war eine sehr wenig angenehme Erbschaft, die Sigel antrat. Er hatte die Aufgabe, über den Neckar in Hessen einzufallen, die hessischen Truppen zum Anschluß zu bewegen oder zu schlagen, das Land zu injungieren. Daron hatte sich auch schon Eichfeld versucht; aber dessen Befehle zum Vorrücken waren von den Unterführern gar nicht ausgeführt worden! Vielmehr hatte einer von diesen Herren im Namen der Offiziere, die zum großen Teil von Herzen reaktionär waren, Eichfeld Vorstellungen gemacht, daß sie lieber nicht über die Grenze gehen möchten. Anstatt nun ein Exempel zu statuieren, hatte Eichfeld thätlich Gegenbefehle nach allen Seiten geschickt, worauf er dann seines Postens enthoben wurde. Aber abgesehen von diesen lieblichen Zuständen — die Generalidee der vorzunehmenden Operationen war gar nicht Sigels Kopf entsprungen. Vielmehr hatte er seiner Zeit gleich nach seinem Erscheinen in Karlsruhe dem Landesausschuß vorgeschlagen, mit Rücksicht darauf, daß es militärisch nicht wünschenswert sei, die linke badische Flanke noch weiter nach Norden zu verlängern, daß es vielmehr vorzuziehen sei, die ganze Front nach Osten zu erweitern, nicht Hessen anzugreifen, sondern Württemberg. Was nun auch von Sigels Hoffnung auf Anschluß des württembergischen Heeres und Volkes zu halten sein mag, jedenfalls hatte der Landesausschuß seinen Plan acceptiert. Dann kam aber Franz Raveaux an, der bekannte radikale Kölner Abgeordnete in der Nationalversammlung, und machte die Vorgänge eines Unternehmens gegen Hessen geltend, wobei auf die Neutralität Württembergs zu rechnen wäre. Diesen Plan acceptierte der Landesausschuß auch und zwar ohne daß Sigel eine Ahnung davon gehabt hatte. Der richtete vielmehr seine Thätigkeit im Bureau der Operationen nach der Voraussetzung ein, daß es bei seinem Vorschlag bleibe.

Ungeachtet dieses vielversprechenden Wirtworts in der Centralregierung unter Brentanos Regide ging Sigel doch an die Ausführung des Raveauxschen Planes, der schließlich doch noch Erfolg verhielt,

trotz dem Ungehorsam der Offiziere und dem Jögern Eichfelds, womit so unüberbrückliche Zeit verloren gegangen war. Das Unternehmen ist gescheitert, und dafür ist Sigel alsbald zum Sündenbock gemacht worden, nicht allein von bürgerlicher, sondern auch von sozialistischer Seite. Das Verdammungsurteil von damals wirkt bis heute nach. Der Herausgeber dieser Denkwürdigkeiten, freilich Wilhelm Bloß in seiner bekannten, vortrefflichen „Geschichte der deutschen Revolution“ ist der un dankbaren Thätigkeit Sigels voll auf gerecht geworden. Aber noch in Mehrings „Geschichte der Socialdemokratie“ liest man, daß Sigel sich durch Put, aber nicht durch Einsicht ausgezeichnet habe. Das geht, soweit Socialisten in Betracht kommen, zurück auf keine geringeren als Marx und Engels, deren abschredendes Urteil über Sigels Thätigkeit in dem bitteren Gefühl über die traurigen Folgen des Fehlschlages seine Erklärung findet. In „Revolution und Counter-Revolution“ schreibt Marx: „Was die militärischen Maßnahmen anbelangt, so sind noch niemals kriegerische Operationen nachlässiger und dümmere ausgeführt worden, als unter dem Kommando des badischen Oberbefehlshabers Sigel, eines Exlieutenants der regulären Armee. Alles wurde in Unordnung gebracht, jede gute Gelegenheit veräußert, jeder kostbare Moment mit dem Ausspinnen riesenhafter, aber unauflösbarer Projekte vertrießelt.“ Da ist die Socialdemokratie, die das Andenken der Freiheitskämpfer von 1848/49 hochhält, dem Manne des jüngst verstorbenen Revolutionsgenerals eine Ehrenkränzung schuldig. Denn die entgegengesetzte Verurteilung, die Bloß der Thätigkeit Sigels hat angebeiben lassen, erfährt ihre volle Bestätigung in diesen Denkwürdigkeiten, deren nächtliche, sachliche, klaren Darlegungen der Vorgänge überzeugend wirken. Einen besseren Dienst hätte Bloß dem Andenken seines Freundes gar nicht erweisen können, als dadurch, daß er die badischen Feldzugs-erinnerungen des verstorbenen Württembergers, die bisher in den Spalten eines kleinen amerikanischen Blattes vergraben waren, der breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht hat.

Den 26. Mai 1849 hatte sich der neue Oberbefehlshaber nach Heidelberg begeben und direkt die nötigen Anordnungen für den Einfall in Hessen getroffen. Im ganzen standen ihm dafür 9 Bataillone Infanterie, 8 Schwadronen Kavallerie und 16 Geschütze zur Verfügung; dazu kamen noch Volkswachen, die aber mangelhaft organisiert und ausgerüstet waren. Mit diesen Streitkräften beabsichtigte Sigel nach folgender Idee vorzugehen: Er selber mit ein paar Bataillonen wollte die Hessen, von denen etliche Bataillone bis gegen Paderborn an der Bergstraße vorgeschoben waren, in der Front engagieren und ihnen ein hinhaltendes Gefecht liefern. Zur selben Zeit sollte die Hauptmacht unter Oberst v. Sted von Weiskirchen aus auf Zürich marschieren, das östlich von der linken Flanke der Hessen lag und vom Feinde nicht besetzt war; durch diesen Umgehungsmanöver kam man dem Feinde in den Rücken,

*) Denkwürdigkeiten des Generals Franz Sigel aus den Jahren 1848 und 49. Herausgegeben von Wilhelm Bloß. Mannheim 1902. Verlag von J. Neudörfer. (Preis 1,80 M.)

1901 beantragten diese 13 Personen die Wiederaufnahme in die Wählerliste mit der Begründung, daß sie nimmehr in erforderlicher Höhe zur Steuer veranlagt seien. Die Stadtverordneten-Versammlung lehnte indessen den Antrag ab und meinte, die Antragsteller könnten schon deshalb nicht in die Wählerliste aufgenommen werden, weil sie nicht von neuem das Bürgerrechtsgeld bezahlt hätten, das im Jahre 1892 in Strausberg durch Ortsstatut eingeführt worden sei. Die Antragsteller klagten nimmehr gegen die Stadtverordneten-Versammlung im Verwaltungs-Streitverfahren, indem sie alle geltend machten, es käme für ihr Stimmrecht auf das Bürgerrechtsgeld nicht mehr an, da sie früher das Bürgerrecht ausgeübt hätten und es ihnen nur mangels einer genügenden Steuerveranlagung entzogen sei. Zum Teil hätten sie früher schon das Bürgerrechtsgeld bezahlt, zum Teil das Stimmrecht gemäß dem Ortsstatut über die Erhebung von Bürgerrechtsgeld vor der Entziehung auch ohne die Zahlung des Bürgerrechtsgeldes ausgeübt, weil sie es schon vor dem Inkrafttreten des Ortsstatuts besaßen.

Der Bezirksausschuß wies sämtliche Kläger ab und führte begründend aus: Entscheidend sei, daß alle Kläger nicht jetzt, nach dem Verlust des Stimmrechts bezw. Bürgerrechts, das Bürgerrechtsgeld gezahlt hätten. Das treffe auch die, die früher einmal das Bürgerrechtsgeld gezahlt haben, sowie auch die, welche schon vor dem Inkrafttreten des fraglichen Ortsstatuts in der Stadt wohnten, denn sie hätten ja inzwischen das Bürgerrecht verloren. Demgegenüber spiele die frühere Zahlung des Bürgerrechtsgeldes keine Rolle und es sei auch ganz gleichgültig, weshalb die Kläger inzwischen das Bürgerrecht verloren hätten. Die Kläger legten gegen dieses Urteil noch Berufung ein, das Ober-Verwaltungsgericht beställigte indessen die Vorentscheidung.

Ein christlicher Gewerkschafter gegen das „christliche“ Centrum. Aus Köln wird uns geschrieben:

Es wurde über die Verammlung berichtet, in der die hiesigen Centrumsanhänger die Jollwackerfrühl des neuen Centrumsvereins durch Lärm und Trompeten belästigten. Am gleichen Abend fand in dem neuen Heim der Kölner Arbeiter, dem von der Genossenschaft „Arbeitergesellschaftshaus“ erworbenen Saalunternehmen, eine von etwa 1000 Personen besuchte Protestversammlung gegen den Fleischwucher statt. Sie nahm einen imposanten Verlauf. Einstimmig wurden nach einer ausgezeichneten Rede des socialdemokratischen Reichstags-Kandidaten für Köln-Stadt, Genossen Hofrichter, zwei entsprechende Resolutionen beschloffen. In der Diskussion trat auch der christliche Gewerkschafter Schaller auf. Er gab zunächst der Freude Ausdruck, daß er ohne weiteres in dieser sozusagen socialdemokratischen Versammlung zum Wort gelassen werde. Anders sei das bei der Centrumpartei. Er komme eben aus der von dem Centrumsverein veranstalteten Versammlung, die ebenfalls zur Fleischnot Stellung nehmen sollte. Dort habe sich das Centrum im wahren Sinne gezeigt. Durch einen von Centrumsseite aufgeführten großen Tumult, der stundenlang dauerte, suchte man die katholischen Arbeiter mundtot zu machen. Er sei empört über diese Vergeßlichkeit, und das sei der Grund, weshalb er dort weggegangen sei, um hier in der socialdemokratischen Versammlung als christlicher Arbeiter das Wort zu ergreifen. Er fordere besonders die zahlreich erschienenen Frauen auf, dafür zu wirken, daß bei der kommenden Reichstagswahl nur Stimmen für den Kandidaten abgegeben werden, der nicht nur gegen jede Erhöhung der Lebensmittelpreise, sondern für deren Verringerung sei. Das Centrum suche stets die Religion in den Vordergrund zu drängen, und es brauche die Frömmigkeit als Deckmantel, um die Arbeiter noch mehr anzuknechten zu lassen. Wer einen Befürworter des Lebensmittelpreises wähle, der sei ein Verbrecher an sich selbst und seiner Familie!

Schlimme Zustände in einem Militär-Lazarett fanden vor dem Kriegsgericht der 11. Division in Breslau ihre große Belohnung. Unter Auflage fanden der Sanitätsfeldwebel Kull, der Sergeant Kolwig und der Unteroffizier Kadalowski, die sämtlich bei dem Husaren-Regiment Nr. 4 in Oblau Dienste thun. Feldwebel Kull, dem die Beaufsichtigung des Lazarets unterstellt war, wird beschuldigt, von Februar 1901 bis 1902 vorzüglich Rapporten unwichtig abgestattet, für die Kranken bestimmte Stärkungsmittel wie Wein, Cognac, Chokolade u. a. unterschlagen, Ungehörig gegen Befehle in Dienstfachen begangen, sich eigenmächtig halbe Tage vom Dienst entfernt, die Beaufsichtigung der dienstthuenden Unteroffiziere, der beiden andern Angehörigen, mangelhaft geführt, Antecellente, Unordnung in der Küche gebuldet, schlechtes Essen zugelassen, Kranke zu Arbeiten veranlaßt und Beschwerden von Kranken über Unsauberkeit im Lazarett und schlechtes Essen nicht weiter gegeben zu haben. Dem Sergeant Kolwig legte die Anklage ähnliche Delikte zur Last. Der Unteroffizier Kadalowski soll ebenfalls Wein, Cognac u. a. unterschlagen haben. Die Verhandlung über alle diese Verfehlungen, unter denen am schlimmsten die in das Lazarett eingelieferten Mannschaften zu leiden hatten, währte nicht weniger als zwölf Stunden; es waren dreißig

Zeugen und drei Sachverständige geladen. Auf Grund der durch die Zeugenaussagen festgestellten Thatfachen stellte der Vertreter der Anklage den Antrag, Kull zu acht Monaten Gefängnis und Degradation, Kolwig und Kadalowski zu je sechs Wochen Mittelarrest zu verurteilen. Das Kriegsgericht sah jedoch nur die Schuld des Kull als erwiesen an. Kolwig und Kadalowski wurden freigesprochen. Das Urteil gegen Kull lautete auf zwei Monate Gefängnis.

Der „Naprzod“, das socialdemokratische Organ in Krakau, schreibt in einem Artikel vom 21. d. M.: „Genosse Auer hat ihr (Frau Lugemburg) bewiesen, daß sie zum Zweck der Erbitterung der deutschen Arbeiter die Worte unseres Genossen Soale gefälscht hat.“

Hierzu müssen wir bemerken, daß Genosse Auer eine solche Behauptung, wie sie ihm der „Naprzod“ gegenüber Genossin Lugemburg in den Mund legt, nicht gethan hat. Offenbar ist der „Naprzod“ durch eine ungenaue Berichterstattung irreführt worden. Auch der Bericht des „Vorwärts“ hat die betreffende Äußerung in einer für Genossin Lugemburg ungünstigen Form gegeben, die aber dem wirklichen Sinn und Wortlaut der Auerischen Ausführungen nicht entspricht. Auer hat Gen. L. nicht Unrichtigkeit im Eiferen vorgeworfen, geschweige gar Fälschung. Auer hat nur darauf hingewiesen, daß die von Gen. L. citierten Worte seitens des Gen. Soale, nach dessen eigener Erklärung, anders gemeint gewesen seien, als sie Gen. L. aufgefaßt habe.

Gen. Lugemburg ersucht uns schließlich, noch festzustellen, daß sie auf dem Parteitag eine den Verdacht unrichtigen Citierens abweisende Erklärung zu Protokoll habe geben wollen.

Ausland.

Frankreich.

Klerikale Rache. (Fig. Ver.) Der klerikale Generalat des Departements Maine-et-Loire hat die antikerikale Aktion der Regierung an den Unterbeamten der Präfektur, an seinem eigenen Stenographen und namentlich an den weltlichen Unterrichtsbeamten gerichtet. Die jährlichen Gratifikationsgelder der ersteren, 3370 Fr., wurden gestrichen, das Gehalt des Stenographen von 1500 auf bloß 300 Fr. herabgesetzt, die Stredie für Unterrichtsweide um etwa 10000 Fr., um mehr als die Hälfte vermindert. Der Präfekt konnte nur die Unterrichtsgehälter für invalide Lehrer und für Lehrwitwen retten. Dagegen hat der Generalat 5000 Fr. für Pensionen zu Gunsten der Kongregationsmitglieder, die mindestens 15 Jahre Unterricht erteilt, neu ausgeworfen.

Im genannten Departement wurden jüngst 42 öffentliche Schulen verwehrt und 217 nicht genehmigte klerikale Lehranstalten geschlossen. Daher die edle klerikale Rache. Uebrigens sind auf der Stelle genau 42 „freie“, d. h. klerikale Schulen, in denen weltliche Strohmannen der Kongregationen Unterricht erteilen, eröffnet worden. Diese Art „freier“ Schulen schleichen gegenwärtig überall wie Pilze empor — ein wirksames Mittel, die Verweltlichungsaktion zu durchkreuzen.

England.

Englische Ueberempfindlichkeit. Der Aufruf der Voerengenerale um Unterstützung weilt in der englischen Presse zornige Empörung. Die Blätter sind der Ansicht, daß die Voerengenerale bei Abfassung dieses Manifestes, das Mangel an Dankbarkeit gegenüber dem Ebelmut Großbritanniens zeige und den angeblichen verächtlichen Geist der Voeren in einem bedauerlichen Licht erscheinen lasse, schlecht beraten waren. Sie verurteilen den Aufruf als eine Aufzählung großer Unrichtigkeiten, von denen kaum eine die Gegenüberstellung mit den wirklichen Thatfachen vertragen würde; er sei zu dem Zweck abgegeben, um das auf dem Kontinent gegen Großbritannien bestehende Vorurteil zu schüren. Der „Daily Telegraph“ sagt, wenn die Verfasser des Schriftstückes beabsichtigt hätten, die englischen Tathen zu schärfen, so hätten sie dazu gar keinen wirksameren Ton anschlagen können. Engländer aufzufordern, zu den Sammlungen beizutragen, heiße ihnen zumuten, ihrem eignen Lande das Brandmal unauflöslicher Gemeinheit aufzudrücken. Die „Times“ meint, der Aufruf vertrate die Absicht der Voerensführer, dem Reiche gegenüber, dem sie feierlich den Treueid geleistet hätten, eine Politik verborgener, hinterlistiger Feindschaft zu verfolgen. Der „Standard“ sagt, so lange das Verhalten der Voerensführer erkennen lasse, daß sie darauf abzielen, die Ergebnisse des Krieges umgekehrt zu machen und nur widerstrebend und mit Unwillen Unterthanen der britischen Krone seien, könne nicht davon die Rede sein, ihnen Freiheiten zu gewähren, welche sie sicher nicht brauchen würden.

Diese englische Ueberempfindlichkeit ist dem sehr maßvoll und diplomatisch gehaltenen Aufruf der Voerengenerale gegenüber wirklich sehr wenig am Platze. Wie kann es England den Voerengeneralen verdenken, bei den andern Mächten den Ringelbeutel für die Opfer des Krieges herumgehen zu lassen, wenn es England doch ablehnt, den zahllosen ruinierten Existenzen auch nur einigermaßen zu Hilfe zu kommen! Die Drohungen der englischen Blätter werden übrigens nicht allzu tragisch zu nehmen sein, da England nur in seinem eigensten Interesse handelt, wenn es die Voeren

so verächtlich und entgegenkommend als nur irgend möglich behandelt. — Schweden.

Der erste Socialdemokrat für den neuen Reichstag. In Westeros wurde am Dienstag der Eisenarbeiter Victor Larsson mit 459 gegen 442 Stimmen, die auf den gemäßig konservativen Gegenkandidaten fielen, als Mitglied der zweiten Kammer gewählt. Dies ist der erste socialdemokratische Wahlsieg bei den diesjährigen Wahlen.

Ein Denktzettel für den Liberalismus. In Göteborg haben die Wahlen zu einer teilweisen Niederlage der Wahlrechts-Fremde geführt, indem nur sechs Anhänger der liberalen Sammlungs-partei und drei konservative oder ihnen nahestehende Kandidaten gewählt wurden. Im vorigen Reichstag war Göteborg durch neun Liberale vertreten. Die Ursache der Niederlage ist der Umstand, daß die Liberalen sich geteilt hatten, trotz der großen Zahl von Arbeiterwählern auch nur einen socialdemokratischen Kandidaten auf ihre Liste zu übernehmen. Das veranlaßte eine Anzahl Arbeiter, dem in letzter Stunde gefassten Beschluß ihrer Organisation, für die freisinnige Liste zu stimmen, nicht Folge zu leisten und sich von der Wahl fernzuhalten. Die Schuld an ihrer Niederlage haben sich jedenfalls die Liberalen selbst zuzuschreiben.

Rußland.

Geplagte Polizei.

Das hier vor einigen Tagen veröffentlichte Circular des Ministers des Innern an die Gouverneure, das die Widerlegung der revolutionären Lehren vorschreibt, ist seine Wirkung. Der Gouverneur des Gouvernements Nischni-Nogorod hat gleich nach dem Empfang des famosen Minister-Schreibens an die Polizeibehörden den folgenden zähenlappenden Erlaß gerichtet, der sein Pläthchen auch in der „Iskra“ (Der Funke) gefunden hat:

„In Anbetracht des Umstandes, daß die Feinde des Vaterlandes, die das Reich überstürzen, auch in das mir anvertraute Gouvernement eindringen vermocht haben, verführe ich hiermit, daß die Polizeichefs die Dörfer besuchen und die Bauern selbst zum Kampf gegen diese Feinde anrufen, weil die Polizisten und Gendarmen zu gering an Zahl und machtlos sind. Die Bauern müssen angehalten werden, alle Personen einzufangen und mit zu überweisen, die schädliche Bücher, Blätter und Zeitungen verteilen. Den Bauern ist einzuschließen, daß sie streng verantwortlich sein werden, wenn es sich später erweisen wird, daß solche Personen durch ihr Dorf gegangen sind und sie nicht angehalten worden sind. Ich hoffe, daß unter den Bauern viele Anhänger der Ordnung und Wohlfahrt sein werden und daß sie einander behilflich sein werden, zum Zweck einer besseren Erfüllung der Vorschriften der Behörden.“

Unterschrift:
Der Gouverneur
Generol-Deutenant Unterberger.“

Türkei.

Russische Kohlenstationen in türkischen Gewässern. Dem „Daily Chronicle“ wird aus Konstantinopel gemeldet, der dortige russische Vorkonsul beabsichtige, von der Pforte die Konzession zur Errichtung von zwei russischen Kohlenstationen zu verlangen, von denen die eine auf einer Insel im Ägäischen Meer, die andre an einem noch nicht bestimmten Punkte der türkischen Küste des Schwarzen Meeres liegen solle.

Asien.

Stehen neue koreanische Wirren bevor? Der „Figaro“ veröffentlicht unter Vorbehalt eine Privatdepesche aus Soul vom 24. September, nach welcher dort das Gerücht verbreitet sei, der Kaiser von Korea sei tot. Die Depesche fügt hinzu, es seien ernste Verwickelungen zu befürchten, weil das koreanische, japanische und russische Element, das sich den Einfluß in Korea streitig mache, jedes einen eignen Thronkandidaten hätte.

Amerika.

Amerikas Festsetzung an der Landenge von Panama. Nach einer New Yorker Kabelmeldung des „Daily Telegraph“ gehen am Sonntag 600 amerikanische Marinesoldaten nach Colon ab, wodurch die amerikanische Streitmacht an der Landenge von Panama auf fast 2000 Mann erhöht wird. Hieraus werde geschlossen, daß die Vereinigten Staaten ihre Haltung gegenüber den mittel-amerikanischen Republiken bald ändern würden. Die kürzlich ersten Zwischenfälle hätten, dem Vernehmen nach, die amerikanische Regierung bewegen, ihren Einfluß auf die Lage in Mittel- und Südamerika in die Waagschale zu werfen.

Aus Industrie und Handel.

Außenhandel Frankreichs. In den ersten acht Monaten des laufenden Jahres gestaltete sich der auswärtige Handel Frank-

und es wurde der Weg nach Darmstadt frei, weil im Oberrhein keine heftigen Truppen standen. Die Bewegungen der Wadener auf Heppenheim und Bärth sollten durch einen gleichzeitigen Anmarsch der Pfälzer auf Worms unterstützt werden, um hier die Heffen zu beschäftigen. Die eigentliche Idee stellte durchaus kein unauflösliches Projekt dar, ihre Ausführung schritt die Heffen von Darmstadt ab, das sie den Boden fern preisgab, und sie mußte zu einem Erfolge führen, wenn einerseits die Truppen ihre Schuldigkeit thaten, andererseits die Befehlshaber ihren Aufträgen nachkamen.

Als aber am 30. Mai der Vormarsch über die Grenze angetreten wurde, ließ es einerseits ein Teil der Mannschaften an der nötigen Courage fehlen; das war aber nicht so verhängnisvoll gewesen, wie das andererseits Sigel bei seinen Unterführern nicht den nötigen Gehorsam fand. Und daran, daß seine Befehle gar nicht ausgeführt wurden, lag die Schuld, wenn die ganze Unternehmung lässlich scheiterte; dagegen nicht an Sigel, der bei der ganzen Affaire in vollstem Maße seine Schuldigkeit that. Er überschritt am Morgen des 30. die heffische Grenze zwischen Unter-Landensbach und Heppenheim, nachdem er eine vorgezeichnete kleine Abteilung heffischer Cheveaulegers in verächtlich geleiteter Attacke gewonnen hatte. Dann ging es weiter in der Richtung nach Heppenheim, wo der Feind sich erst zu sammeln begann. Bloß eine schwache heffische Abteilung mit zwei Geschützen war eiligst gegen die Grenze zu vorgeschoben worden. Diese Geschütze beschloß Sigel durch eine Attacke mit einer Schwadron Dragoner zu nehmen. Er selber galoppierte an der Spitze der Reiter. Als aber die Geschütze der heffischen Infanteristen in die Reihen der Dragoner einschlugen und einige Reute verwundeten, machten die Wadener Reiter, um sich zur vollen Flucht zu wenden, als inzwischen die feindlichen Geschütze abpropten und mit Kartätschen zu feuern begannen. Nolens volens mußte Sigel den Flüchtlingen folgen und hatte schwere Rot zu verhindern, daß sie nicht die ganze Infanterie mit sich fortzögen. Mit dem nicht durch die Panik angelegten Teil der letzteren konnte Sigel, weil die programmmäßige Unterstützung auf der rechten Flanke durch Giesfeld ausblieb, weiter nichts erreichen, als bei Hemsbach das Geschütz zum Stehen zu bringen. Hier erhielt er auf einmal höchst unvollkommene Verstärkung: die Truppen nämlich, die längst auf dem Wege nach Bärth hätten sein sollen, waren gar nicht von Weinheim abmarschirt, sondern hatten es sich dort gleich ihrem famosen Obersten von Beck bei Wien und Zimmern wohl sein lassen, bis der Kanonendonner und das Erscheinen der flüchtigen Dragoner sie in ihrer Gemütslichkeit störte. Und da marschierte die ganze Gesellschaft anstatt nach Bärth, wo ein in der Nacht vorausgeschicktes Bataillon alleingelassen wurde, nach Hemsbach, wo Sigel sie gar nicht brauchte. Damit war nun schon das ganze Unternehmen selbsterlöschend. Kläglich wurde der Beschluß dadurch, daß bei dem sich ne entzündenden größeren Gefechte die

Kavallerie wiederum einer Panik anheimfiel, die einen großen Teil der Infanterie ansteckte; es kam also zu einem allgemeinen sauvo qui peut. Mit dem Standhaltenden Rest, der tapfer stand, trat Sigel schließlich einen geordneten Rückzug an; desgleichen ließ er das bei Bärth vorgeschobene Bataillon zurückgehen. Die entzerrtesten Truppen hatten ihre Flucht gleich bis Heidelberg fortgesetzt, wo Sigel erst wieder einige Ordnung zu schaffen vermochte. So endigte der einzige Offensivvorstoß auf fremdes Gebiet, den die Revolutionsstruppen während der Reichsversammlungs-Campagne gemacht haben.

Es ist sehr merkwürdig, diese tragikomischen Vorgänge wieder aufs Tapet zu bringen. Aber bei dieser Gelegenheit mußte es sich gezeigt haben, daß Sigel nicht das Zeug zum General in sich hatte; denn den nächsten Tag hörte er schon auf, Oberbefehlshaber zu sein. Die provisorische Regierung, deren Oberhaupt die Kunde des Geschehens schleunigst nach Heidelberg eilte, schickte nämlich den Einrückungen der reaktionären Linienoffiziere, mit denen Brentano hinter Sigels Rücken ein förmliches Palaver abhielt, Gebör; diese Helben verlangten nämlich weiter nichts, als daß Struve aus der Regierung entfernt werde, daß man sich in der Defensive halte, daß Sigel wegen des Angriffes unter Anklage gestellt und der Grobherzog zurückberufen werde. Anstatt die vorlauten Herren vor ein Kriegsgericht zu stellen, enthub Brentano ihnen die Schuld und ließ sie weiter vor dem Landesauschuß in Karlsruhe rechtfertigen sich dann der angeklagte junge Feldherr aber so glänzend, daß er sofort zum Kriegsminister ernannt wurde. Er hatte dann noch einmal eilliche Tage interimistisch den Oberbefehl am Radar zu führen, wobei er mit den verächtlichen Reigungen eines Teils der Offiziere und mit den beständigen Einmischungen des Landesauschusses in seine Befugnisse zu kämpfen hatte, bis am 8. Juni das Kommando an Mikroskowsky überging, dem er noch möglichst die Wege ebnete.

An eine Offensive konnte der vollstänliche polnische General zunächst gar nicht mehr denken. Er mußte schon Hebermannsliches leisten, wenn es gelingen sollte, sich in der Verteidigung zu behaupten. Denn nun wählten sich mächtige Heereskolumnen gegen das kleine Baden heran: Zwei preussische Corps, ein Bundescorps unter Pender, ein bairisches Reservecorps unter dem Fürsten von Thurn und Taxis, im ganzen etwa 70000 Mann, hielt die verbündete Reaktion für nötig, um mit den 20000 Volkstämpfern fertig zu werden. Der erdrückenden Uebermacht ist die Revolutionsarmee mit allen Ehren erlegen. Sigel hat sich in diesen letzten Kämpfen rühmlich ausgezeichnet, nicht allein durch Mut, sondern auch durch Einsicht. Wie der Erfolg in den Redargeschichten gegen Pender (Mitte Juni) hauptsächlich sein Werk war, so hat er auch als Generaladjutant Mikroskowsky zu dessen größter Zufriedenheit die Disposition zu dem entscheidenden Treffen bei Waghäusel am 21. Juni entworfen, als der Oberbefehlshaber beschloffen hatte, von den drei von Norden, Osten und Südwesten gegen ihn konzentrisch anrückenden feindlichen

Corps zunächst dem Girsfeldschen mit gesamter Macht entgegenzutreten. Der möglicherweise folgenschwere Sieg war sicher, wenn alles zusammen arbeitete, um den Sigelischen Plan ins Werk zu setzen. Seine eigene Rolle dabei hat Sigel vollständig durchgeführt, indem er den Feind umging und sich in Wiesenthal festsetzte. Weil aber der gänzlich unfähige Führer des preussischen Kontingents, General Synowde vollständig untätig blieb, anstatt die preussische Division anzugreifen, konnte dieser General sich gegen Sigel wenden und ihn zum Rückzug aus Wiesenthal zwingen. Zur vernichtenden Niederlage des Volksheeres wurde die unter so günstigen Umständen begonnene Schlacht bei Waghäusel infolge des wahrhaftig auf Verräterei zurückzuführenden feigen Verhaltens der Kavallerie, die Sigel in Wiesenthal hatte verbarren lassen, aber unterwegs angetrieben war. Damit war nun schon alles verloren: nur der Dammschen Taktik der Preußen war es zu danken, daß Mikroskowsky sich zwischen den feindlichen Corps durchzuschlingeln und auf der Linie Waghäusel-Heidelberg-Südheim-Pretzen-Turlach seinen Rückzug bis zur Festung Pfalz und der Mühllinie zu bewerkstelligen vermochte. Hier forderte die Revolutionäre noch tapfer, — Sigel unter den Besten —, aber über das „neutrale“ württembergische Gebiet wegunging Pender ihr feste Stellung. Nun gab Mikroskowsky die Volkssache verloren, und der von ihm niedergelegte Oberbefehl ging wieder an Sigel über. Er konnte beim besten Willen weiter nichts leisten, als seine beständig zusammenschmelzenden Truppen bis an die Schweizer Grenze nach Valterodwyl führen und am 11. Juli 1849 den schweren Schritt des Uebertritts auf neutrales Gebiet der Waffen-überlegung zu thun. Es war immer noch ein besseres Geschick, als das der in Hastat eingelassenen Kanonaden, die am 23. Juli auf Gnade und Ungnade kapitulieren mußten.

An dem jammervollen Ausgange trifft Sigel keine Schuld: er hat das Menschenmögliche geleistet. Daß er unter günstigeren Umständen Bortreffliches leisten konnte, hat er später zur Genüge im amerikanischen Sezessionskrieg bewiesen, den er als General auf Seiten der Nordstaaten mitgemacht hat. Es wäre gewiß merkwürdig, wenn derselbe Feldherr, der in vorgerückterem Alter bedeutende Fähigkeiten bewiesen hat, in jüngeren Jahren ein kompletter Fiel gewesen sein sollte. Sigels „Denkwürdigkeiten“ liefern für den unbefangenen Leser ein genügendes Zeugnis, daß er schon im letzten Jahre seines späteren Krieges sich nicht unwürdig gezeigt hat. Sie bieten auch sonst eine Masse interessanter Materials zur Geschichte der deutschen Revolution, auf das hier nicht weiter eingegangen werden kann. Es mußte damit genug sein, das Anrecht des verstorbenen Revolutionsgenerals auf den ehrenvollen Namen eines nicht allein treuen und tapferen, sondern auch hochbegabten Vorkämpfers der Freiheit an der Hand seiner „Denkwürdigkeiten“ geltend zu machen.

reich, verglichen mit dem entsprechenden Abschnitt des Vorjahres, wie folgt:

Table with 3 columns: Year (1900, 1901), Value (in thousands of francs), and Change (more or less). Rows include 'Einfuhr' (Import) and 'Ausfuhr' (Export) for 'Nahrungsmittel' (Foodstuffs) and 'Fabrikate' (Manufactures).

Zu den Unterschlagungen bei der Wiener Länderbauk, über die wir kürzlich berichteten, wird dem 'Berliner Tageblatt' aus Wien geschrieben: Es ist bisher noch immer nicht vollständig aufgeklärt, wie es möglich war, daß ein untergeordneter Beamter mehr als 4 1/2 Millionen Kronen defraudieren konnte.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

27. Sitzung vom Donnerstag, den 25. September, nachmittags 6 Uhr.

Der Vorsteher Dr. Langenhans eröffnet die Sitzung mit einem Nachruf an den verstorbenen im Alter von 71 Jahren verstorbenen Stadtrat Maroth. Die Versammlung beschließt, die Vorbereitungen für die Erziehung des Kindes zu übertragen, der bereits mit der Vorbereitung der Wahl eines unbeforderten Stadtrats an Stelle des Herrn Dr. Münsterberg betraut ist.

Das Schreiben des Stadtrats Kaufmann, wonach dieser unter dem Ausdruck des Dankes für das ihm wiederholt bewiesene Vertrauen auf die Rechte aus der Wahl zum zweiten Bürgermeister verzichtet, wird vom Vorsteher verlesen.

Vorsteher-Stellvertreter Michels spricht namens eines großen Teils der Versammlung das schmerzhafte Bedauern über diesen Verlust aus; auf seinen Vorschlag wird zur Vorbereitung einer anderweitigen Wahl die Einsetzung eines besonderen Ausschusses von 15 Personen beschlossen.

Nach einem Vorschlage des Magistrats soll der Gemeinde Friedrichshagen zur Pflasterung einer innerhalb des Wasserwerks am Müggelsee gelegenen Chausseestrecke ein Zuschuß von 9500 M. unter der Bedingung gewährt werden, daß die Gemeinde die dauernde Unterhaltung übernimmt und ein auf der Stadtgemeinde Berlin lastender Kanon von 17670 M. für die Mitbenutzung der Seestraße für den Entwässerungskanal des Wasserwerks in Wegfall kommt.

Stadtv. Eckart (K. L.) beantragt Ausschuhberatung. Er hält die Ausgabe von 9500 M. für überflüssig, da die Stadt an der betr. Chausseestrecke kein Interesse habe und eine solche Ausgabe angesichts des kommunalen Defizits auch sonst bedenklich sei.

Stadtv. Singer: Es handelt sich um einen Zuschuß für eine arme Gemeinde; rechtmäßig hat die Ausgabe schon wegen des Wegfalls der Abgabe keine Bedeutung. Es handelt sich doch auch um unsre Werke, die besser zugänglich gemacht werden. Gerade Berlin möchte bei dem Abbruch mit Friedrichshagen ein gutes Geschäft, denn wir verkaufen Friedrichshagen unser Wasser sehr teuer. Die Straße dient lediglich Berliner Zwecken. Bei dieser Gelegenheit das städtische Defizit als Schreckgeißel vorzuführen, ist doch wohl nicht ganz angebracht.

Unter Ablehnung des Antrages Eckart wird nach dem Magistratsantrage beschlossen.

Mißstände in den städtischen Irrenanstalten.

Von dem Stadtv. Augustin u. Gen. ist am 18. September folgender Antrag eingereicht worden:

Die Versammlung ersucht den Magistrat, darüber Auskunft zu erteilen, wie er diejenigen Mißstände zu beseitigen gedenkt, welche sich in letzter Zeit in unsern Irrenanstalten, insbesondere im Falle Adermann, gezeigt haben.

Stadtv. Hinge (Soc.): Es handelt sich nicht allein um den Fall Adermann; namentlich im letzten halben Jahr sind verschiedene Notizen über ähnliche Fälle durch die Presse gegangen. Ich habe dem Stadtrat Straßmann die Fälle genannt und um Einsicht in die Akten gebeten. Dieser Einsicht ist mir verweigert worden, was ich im Interesse der Sache bedauere. Adermann hatte im Juli dieses Jahres eine Haftstrafe von 2 Tagen zu verbüßen und begab sich dazu am 12. Juli in die Stadtvogtei, wo er am 15. wieder entlassen werden mußte. Seine Frau erwartete ihn jedoch vergeblich, sie schickte am 18. Juli einen ihrer Verwandten nach der Stadtvogtei, dem die Mitteilung gemacht wurde, Adermann sei noch nicht entlassen. Als sich dann die Frau selbst erkundigte, wurde ihr mitgeteilt, daß ihr Mann nach der Irrenanstalt Herzberge geschickt werden mußte. Dort könnte sie ihn erst Sonntag sprechen, ersuche dann aber, daß ihr Mann bereits Freitag früh beerdigt worden sei. Die Frau hat weder Nachricht bekommen, daß ihr Mann dort eingeliefert, noch daß er dort gestorben sei, und auf ihre Vorstellung wurde ihr geantwortet, daß man nicht wüßte, ob Adermann verheiratet gewesen sei, daß überhaupt die Personalien des Mannes nicht bekannt gewesen seien. Das ist eine direkte Unwahrheit, denn nach dem mir vorgelegten Totenschein wußte die Anstalt in Herzberge, wo Adermann wohnte; als Todesursache giebt der Totenschein Delirium und Herzschwäche und als Todeszeit den 16. Juli, abends 8 1/2 Uhr, an. Die Direktion in Herzberge hat gewußt, wer Adermann ist, und man hat trotzdem verabsäumt, der Frau Nachricht zu geben. Die Frau hat um Angabe der Todesursache; diese wurde ihr verweigert. Am Aufklärung über die Todesursache zu erlangen, wandte sich die Frau an die Staatsanwaltschaft. Dieselbe antwortete zuerst ablehnend; zum zweitenmal wurde die Frau am 31. Juli vorstellig, der Oberstaatsanwalt Hensel lehnte die Untersuchung wieder ab, weil die Todesursache ihm bekannt sei und keinen Anlaß zum Einschreiten gebe. Nach wiederholten Bemühungen erreichte die Frau mit meiner Hilfe die Genehmigung zur Ausgrabung und Sektion. Der Amtsvorsteher von Friedrichshagen erteilte die Erlaubnis

zur Exhumierung, verweigerte aber die Sektion. Die Ueberführung nach dem Danterichhof hat am 11. August stattgefunden und ist dort auch durch den Gerichtsarzt Dr. Buppe eine Sektion vorgenommen worden. Es waren mittlerweile 4 Wochen vergangen und nicht mehr viel zu konstatieren, aber starke handtellergroße Blutergüsse am Hinterkopf und noch größere an der Wirbelsäule hat er festgestellt. Diese mußte er sich in der Stadtvogtei zugezogen haben, wie das Aufnahmeprotokoll von Herzberge auspricht, wonach Adermann mit zahlreichen blutunterlaufenen Stellen eingeliefert worden sei.

Das Gutachten läuft auf Herzlähmung hinaus; es konnte nichts anderes mehr festgestellt werden, da das Gehirn bloß noch teilweise vorhanden war. Adermann war nämlich in Herzberge sofort seziert worden, das Protokoll darüber haben wir leider nicht zu Gesicht bekommen. Das Gutachten nimmt auch Bezug auf das angebliche Delirium. Zu seiner Nachbarschaft ist Adermann als unächterner Mann bekannt gewesen. Die Frau hat auf dieses Gutachten hin eine neue Untersuchung beantragt, aber eine Mitteilung darüber war bis jetzt, nach vier Wochen, noch nicht ergangen; es scheint, als ob die Staatsanwaltschaft gegen ihre Untergebenen nicht vorgehen will. Die städtische Verwaltung trifft immerhin das größte Versehen, daß sie die Frau nicht benachrichtigt hat. Selbst wenn sie nicht wußte, daß der Mann verheiratet war, hätte sie andere Personen benachrichtigen sollen, selbst einer Schlafwartin sollte doch das Ableben eines Schlafburchen mitgeteilt werden. — Der Kaufmann Both war anderthalb Jahre in Herzberge und verstarb. Die Vererdigung konnte angeblich nicht stattfinden, weil die Papiere nicht in Ordnung seien. Die erschienenen Angehörigen fragten nach der Todesursache, sie war amtliches Geheimnis. Später ging die Nachricht durch die Zeitungen, daß der Kaufmann Both durch Mißhandlung eines Wärters Christen zu Tode gebracht und die Untersuchung gegen diesen eingeleitet sei. Als die Schwester des Herrn B. hierauf erneut anfragte, wurde ihr die Auskunft wieder verweigert, die Staatsanwaltschaft aber gab nach zwei Tagen schon die Antwort, daß es sich in der That um ihren Bruder handle. (Hört! hört!) Warum hat man eine derartige Geheimniskrämerei nötig, wenn man sich auf richtigem Wege befindet? (Sehr wahr!) Ein dritter Fall betrifft den Wildbauer Rosenbauer, der vom Krankenhaus Urban nach Herzberge transportiert wurde. Er hat einen Freund, ihn zu besuchen; der Freund erschien, hörte aber, daß kein Rosenbauer da sei. Die Schwester Rosenbauers wandte sich schriftlich an die Direktion, und da wurde ihr allerdings mitgeteilt, daß ihr Bruder sich seit vier Tagen dort befinde. Also in vier Tagen hat man im Bureau dort nicht gewußt, welche Patienten sich in Herzberge befinden. Ein anderer Fall betrifft Daldorf. Es handelt sich um eine amtlich totegefallene und dennoch lebende Person, die Frau des Gerichtsvolksherrn Guthke; die Frau war allerdings nach Lankwiz übergeführt worden. Wie das Amtsgericht zu der Meinung kam, daß die Frau verstorben sei, weiß man nicht. Die Behandlung bezug. Beaufsichtigung in Lankwiz ist eine so vorzügliche gewesen, daß die Frau mit gebrochenem Arm nach Daldorf zurückgebracht worden ist. Weitere zwei Fälle werfen große Schlaglichter auf die Maßnahmen, mit welchen die Polizei verfährt. Ein Händler W., welcher einige Tage abzumachen hatte, wurde nach Herzberge gebracht, umsteht dort 18 Tage zubringen und wurde dann als geisteskrank entlassen. Der Mann ist schwachlich; aus falscher Scham hat er dem Wärter auf die Frage, wie er zu den blutunterlaufenen Flecken gekommen sei, nicht, wie er jetzt besitzigen wird, erklärt, daß er auf der Stadtvogtei geschlagen worden sei. In einem andern Falle, dem eines Kaufmanns K., in dem es sich um eine Haftstrafe handelte, weigerte sich der Betreffende, gewisse Arbeiten zu leisten, welche der Gefängniswärter von ihm verlangte. Letzterer sagte dann, er würde es ihm schon besorgen. Statt entlassen zu werden, wurde der K. nach Herzberge gebracht, bei der Untersuchung zwar als ganz normal befunden, dennoch aber 10 Wochen dort zurückgehalten und mit Reumachen des Korzettens und später in der Landwirtschaft beschäftigt. Dreimal wurde vergeblich die Freigabe beantragt. Mit den Reuearbeiten verhältnismäßig liegt es hier genau so, wie im Falle Adermann. Der letztere Fall kommt doch geradezu einer Freiheitsberaubung gleich. (Unruhe.) Der Führer, der den Mann auch jetzt wieder beschäftigt, glaubt ihm ein sehr gutes Zeugnis. Bei den Einlieferungen von der Stadtvogtei her sollte offenbar seitens unserer Verwaltung etwas mehr Vorsicht angewendet werden, es scheint doch gar zu sehr, als ob in verschiedenen Fällen seitens der Polizei mißliebigen Personen einfach nach den Irrenhäusern abgeschoben werden. Das Wärterpersonal, das hat der Fall Both gezeigt, ist seiner Aufgabe nicht gewachsen. Durchschnittlich bleibt seiner länger als 1 1/2 Jahr; bezahlung, Arbeitszeit und Beförderung lassen bekanntlich sehr viel zu wünschen übrig, die neuerliche Gehaltsaufbesserung hat auf Kosten der Beförderung stattgefunden. Auch die Transporteure von Herzberge sind überlastet. Die Wärter führen außerdem Klagen darüber, daß ihnen immer noch kein Arbeiterauschuh zugestanden worden ist. Direktor Wöll ist auch noch als Hilfsarbeiter im Kultusministerium tätig, während er doch alle seine Kräfte unserer Anstalt widmen sollte. Der Magistrat hat ja nur eingesehen, daß etwas gefehlt muß, das ergibt das neue Reglement, welches Verbesserungen enthält, auch die unverzügliche Benachrichtigung der Angehörigen vordringt. Das hätte aber doch längst der Fall sein müssen. Ob eine Mitteilung auch gegeben soll in Fällen, wie ich sie hier genannt habe, wo nicht die Angehörigen die Einlieferer sind, darüber sagt das Reglement nichts. Hoffentlich wird die Beunruhigung des Publikums durch die Antwort des Magistrats beseitigt.

Stadtrat Straßmann: Die Akten können nur durch Beschluß der Versammlung requiriert werden. Der Antrag Augustin hat den Magistrat veranlaßt, anzuordnen, daß den Personalien die genaueste Aufmerksamkeit zu widmen ist und in jedem Fall des Ablebens sofort den Angehörigen von Amtswegen Nachricht gegeben wird. Auch das Polizeipräsidium hat ähnliches verfügt. Der Fall Adermann hat infolge Zusammenstreffens mehrerer unglücklicher Umstände einen so traurigen Ausgang genommen. Adermann befand sich nur 25 Stunden in der Anstalt, wurde nicht vernachlässigt, und die Frau hat sich doch erst etwas spät an die Behörden gewandt. Adermann war mit allen Zeichen des Säufervahnsinn als gemeingefährlich eingeliefert; das Einlieferungsformular enthielt nichts über die Angehörigen. Nach 25 Stunden starb er. Die Sektion ergab starke Herzvergrößerung und Blutüberfüllung des Gehirns. Ich will das Versehen bezüglich der Benachrichtigung nicht entschuldigen, aber erklärlich ist es, insbesondere nach dem zwischen der Herzberger Verwaltung und dem Polizeipräsidium abgeschlossenen Vertrage. Der Fall Both kann uns nicht zum Vorwurf gereichen; wir selbst haben sofort den verdächtigen Wärter der Staatsanwaltschaft angezeigt. Von da ab war die Sache eine forensische und wir zur Auskunftserteilung nicht mehr befugt. Der Fall Guthke geht doch die städtische Verwaltung nichts an. Ein Anschreiben des Herrn Guthke an die Daldorfer Direktion ist übrigens nicht ergangen. Die Fälle W. und K. betreffen beide Deliranten. Von einer Unfähigkeit der städtischen Behörden kann keine Rede sein; wir müssen den polizeilichen Requisitionen Folge geben. Im Falle Rosenbauer ist vom Oberbürgermeister eine außerst strenge Klage erteilt worden. (Weisfall.)

Stadtv. Dobe (K. L.): Wir sind durchaus für die Abstellung von Mißständen, die im System liegen. Handelt es sich um Pflichtenverletzungen einzelner, so muß Restitutions eingetreten. Das ist geschehen. Der Interpellant wollte wohl auch einigen andern Behörden, die mit der städtischen Verwaltung nicht identisch sind, gleichzeitig den Text lesen und uns darthun, daß die Polizei Herzberge als eine Reserve-Batterie ansieht. (Lebhafte Zustimmung bei den Socialdemokraten.) Wenn man hier ausfährt, es sei eigentlich ganz in der Ordnung, wenn die schlecht bezahlten und belästigten Wärter sich an den Insassen der Irrenhäuser rächen, so ist das doch wohl nicht der richtige Weg, zur Verhütung des Publikums und zur Abstellung von Mißständen beizutragen. (Weisfall.)

Stadtv. Singer (Soc.): Kollege Hinge hat nicht gesagt, es sei ganz in der Ordnung, daß die Wärter die Leute schlagen, weil sie schlecht bezahlt werden; das hat auch nicht im mindesten in seinen Worten gelegen. Er hat ausgeführt, daß es schwer ist, bei den in unserer Verwaltung üblichen Löhnen und Behandlungsgrundsätzen gutes Wärterpersonal zu bekommen, und das hat

auch der Magistrat seiner Zeit selbst anerkannt, indem er die Wöhne erhöhte und die Arbeitszeit verkürzte. Auch Herr Straßmann selbst hat damit begonnen, zu erklären, daß der Magistrat aus Anlaß des Antrags Augustin angeordnet habe, den Personalien besondere Aufmerksamkeit zu widmen und den Angehörigen vom Tode eines Insassen von Amtswegen sofort Nachricht zu geben. (Widerpruch.) Sie hätten doch besser, dem Herrn Stadtrat genauer zuzuhören. Herr Dobe ist mit der Magistrats-erklärung ganz zufrieden. (Rufe: Wir auch!) — Sie auch; wir besitzen nicht dieses Maß von Bescheidenheit. (Große Heiterkeit.) Es fehlt völlig eine Erklärung darüber, warum nicht in der Wohnung, die doch angegeben war, recherchiert worden ist. Hier liegt eine sträfliche Nachlässigkeit vor. (Widerpruch und Unruhe.) Im Falle Both muß man doch fragen, warum die Verwaltung jede Auskunft verweigerte. Ist es nicht empörend, daß die Schwester erst nach Monaten aus den Zeitungen erfahren muß, wie die Dinge lagen? Deshalb dieses Schweigen? Die Thatfache, daß die Verhaftung des Wärters auf ihren Antrag erfolgt war, konnte die Verwaltung der Frau doch angeben. Der seine Untersuchung, ob an die Direktion oder an die Deputation geschrieben wurde, hat doch wirklich nichts auf sich. Der Fall Rosenbauer scheidet aus; aber es ist doch sehr merkwürdig, daß die Klagen gerade über die Anstalt Herzberge so häufig ertönen; und es wäre ganz gut, wenn der Magistrat diesem Umstande näher träte. Gerade auf dem Gebiete des Irrenwesens liegen gegenwärtig verschiedene Mißstände vor. Die Stadt muß den polizeilichen Requisitionen nachkommen. Nützlicher wäre es doch, wenn die Polizei das Gericht requiriert, das könnte der Magistrat doch verlangen. Der kurze Weg der Ueberweisung vom Alexanderplatz nach Herzberge wahrt nicht die Interessen der Betroffenen; wenn es sich um das höchste Gut, die geistige Gesundheit, handelt, genügt mir auch nicht das Attest des Polizei-Arzt; dafür verlange ich unabhängige Verste. Bei gemeingefährlichen Irren mag es damit gewisse Schwierigkeiten haben; aber wir können doch nachgerade die Verhältnisse, wir wissen, daß auf den Polizeiwachen gemißhandelt wird, und das bequemste Mittel, den Folgen zu entgehen, ist, den Betreffenden für verreckt oder für im Delirium befindlich zu erklären. Ich quittiere dankbar für das Ergebnis unseres Antrages; es geht hier wie immer: Wir tragen die Beschwerden vor, Sie erklären Sie für ungerichtet und — ändern in dem Sinne ab, wie wir es wollen. (Weisfall.)

Stadtrat Straßmann: Es ist selbstredend, wenn ein solcher Fall sich ereignet und aufgebaut wird, daß dann auch der Magistrat sich damit beschäftigt; es ist nicht die Rede von einem neuen Gesetz, sondern der längst bestehende ist lediglich neu eingeschärft worden. Die Forderung war allerdings angegeben, aber nach dem Vertrag zwischen Polizei und Anstalt lag es der Polizei ob, diese Benachrichtigung resp. Recherche einzutreten zu lassen. — Im Fall Both und im Fall Guthke hält der Stadtrat an seinen früheren Ausführungen durchweg fest. Alle Akte in diesen Fällen rührten von beamteten Ärzten her.

Stadtv. Rosenow (K. L.) hält mit dem Stadtrat eine gerichtliche Prozedur in diesen Fällen für nicht angehängig. Er fährt dann seinerseits einen Fall an, aus dem sich ein Versehen der Verwaltung ergibt und legt dem Magistrat nahe, der Wiederkehr solcher Mißgriffe thunlichst vorzubeugen.

Stadtv. Stadthagen (Soc.): Die feine Unterscheidung zwischen Direktion und Deputation beweist doch für die Verwaltung im Falle Guthke gar nichts. Es fragt sich, ob organische Zustände vorhanden sind, welche ermöglichen, daß die Polizei ganz gesunde Leute den städtischen Irrenanstalten als gemeingefährlich geisteskrank überweist. Die Frage beantwortet der Magistrat falsch, auch in seinem Reglement. Nach dem Geley zum Schutze der persönlichen Freiheit hat die zuständige Behörde, d. h. das Amtsgericht, die definitive Entscheidung über die Internierung, und der Magistrat sollte in jedem solchen Fall auf der Verlegung einer gerichtlichen Vollmacht bestehen. Ich erinnere an den Fall Rechlinski, der hier einschlägig ist. Der Mann hätte sich über Mißhandlungen auf der Polizeiwache bei dem Vorstand des Reviers beschwert, wurde für verrückt erklärt und in der Gerichtsverhandlung befandete der Polizeipräsident v. Hindheim, daß er allerdings einen Grund für die Verurteilung des M. darin sehe, daß der Mann sich an derselben amtlichen Stelle über die angeblich ihm dort widerfahrenen Mißhandlungen beschwert habe. (Große Heiterkeit.) Ich habe hier schon wiederholt in diesem Sinne den Magistrat interessiert. Sehr zu bedauern ist, daß durch den Tod des Adermann nicht mehr konstatiert werden kann, ob nicht der Mann infolge von Mißhandlungen im Polizeigefängnis in jenen Zustand versetzt worden ist. Nach jenen Konstatierungen im Fall Rechlinski hätte der Magistrat die moralische Pflicht dazu längst gehabt.

Stadtv. Cassel (K. L.): Der Fall Rechlinski könnte, auch wenn er so liegt, nichts gegen die Stadt beweisen; eine allgemeine Verpflichtung des Magistrats läßt sich aus solchem Einzelfall nicht ableiten. Die Unterscheidung zwischen Deputation und Direktion ist nicht gemacht worden, um etwas zu beschönigen. Was zu korrigieren war, hat der Magistrat schon korrigiert vor dem Antrag Augustin; es hätte dazu so vielständiger Diskussion nicht bedurft. Damit ist der Antrag erledigt.

Nach Erledigung einiger kleinerer Vorlagen erfolgte Schluß der Sitzung.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Die rumänische Regierung und die Juden. Bukarest, 25. September. (B. H.) Als Antwort auf die amerikanische und englische Note hat die Regierung alle Behörden angewiesen, den Juden keine Auslandspässe mehr auszugeben. Infolge dieses Befehls wurden die bereits auf dem Wege nach der Grenze befindlichen Juden zurücktransportiert und den auf dem hiesigen Bahnhofs befindlichen mehreren Hundert jüdischen Auswanderern die Weiterreise verweigert.

Der Kongreß der französischen Grubenarbeiter

Comenry, 25. September. (B. L. W.) Der Kongreß der französischen Grubenarbeiter beschloß heute morgen eine Vereinigung mit dem Syndikat der Doharbeiter und der Eisenbahnarbeiter, dem sogenannten Guehard-Syndikat einzugehen. Nachmittags nahm derselbe mit 31 gegen 6 Stimmen eine Resolution an, in der er sich im Prinzip für die Errichtung eines internationalen Sekretariats ausspricht.

Erdbeben.

Taschkent, 25. September. (B. L. W.) Wie aus Kaschgar gemeldet wird, fand dort am 22. August ein Erdbeben statt, durch welches 100 Personen getötet und mehrere Gebäude zerstört wurden. In Jangt wurden 20 und im Dorfe Wijn 400 Personen getötet. Die chinesische Bevölkerung erlitt die Nachricht von der Zerstörung des Ortes Wijn Kusch. Die Erderschütterung dauerte bis zum 3. September an.

Stuttgart, 25. September. (B. H.) Der Gemeinderat hat heute einen von socialdemokratischer Seite eingebrachten Antrag auf zeitweilige Anhebung der kommunalen Fleischsteuer abgelehnt.

Großkinds, 25. September. (B. L. W.) Die hiesige Polizei hat den ausländischen Redacteur Arthur Korn heute ausgewiesen.

Kapstadt, 25. September. (B. L. W.) Bei de Kar und auf der Kapdabinsel sind die Wänter ziemlich stark aufgetreten. Bisher wurden etwa 150 Fälle festgestellt.

106. Sitzung der Zolltarif-Kommission.

Berlin, 25. September.

Der 2. Abschnitt, mineralische und fossile Rohstoffe, Mineralöle, wird zur Generaldiskussion gestellt.

Eintritt wendet sich gegen die in 1. Lesung beschlossenen Zollsätze auf Bimsstein, Schmirgel etc. (Position 223) sowie auf Cement (Position 228). Die dafür angeführten Gründe seien nicht stichhaltig. Bezüglich des Cements habe man die günstigeren Frachtkonditionen für ausländische Zementfabriken angeführt; aber dieser Vorteil könne doch nicht durch den Zoll ausgeglichen werden. Die größere Gefahr sehe er in der Ringbildung, die gefördert wird durch den Zoll; schon jetzt beständen Verkaufsgemeinschaften, die preisbestimmend wirken. Holz, Steine etc. sind schon künstlich verteuert durch höhere Zölle, dazu verteuere man Cement, die Bindemittel — die Bauten müssten teurer werden. Dadurch werde aber die Wohnungsnot gefördert.

Wehrlich siehe es hinsichtlich des Zolles auf rohe Schieferblöcke. Ganz unmotiviert sei der neu aufgelegte Zoll, der eine Verteuierung der Beschaffung bedeute, von der auf dem Lande die Kleinbauern und Häufler, in den Städten der Mittelstand betroffen würden. Es wäre wünschenswert, in 2. Lesung Zollfreiheit eintreten zu lassen. Der Petroleumszoll wirke noch verhängnisvoller. 71 Millionen Mark würden durch den Petroleumzoll direkt aus den Taschen der Armen und Kernsten gezogen. Auch die Kleinbauern könnten an diesem Zoll erkennen, wie ihre Interessen durch ihre angeblichen Freunde geschädigt werden. Erleide das Reich einen starken Einnahmeausfall bei Beseitigung dieses Zolles, er, dann möge sich der Staat an die Leute wenden, bei denen etwas zu holen sei, aber nicht die Bedarfsartikel des Mittelstandes, der Handwerker, Kleinbauern und Arbeiter verteuern. Die Gasölfabrikation wird durch den Zoll ebenfalls lospflichtig; ferner wird die Textilindustrie durch die Verteuierung des Schmieröls belastet. Der Staat habe dadurch allein eine Wehr-Ausgabe von über 1 Million Mark, da er Gasöl stark verbraucht. Auch die Wassergas-Industrie wird von diesem Zoll betroffen. Noch schlimmer wirke fast der Zoll auf Harzöl, das zu den verschiedensten Zwecken, auch zur Herstellung von Wagenfett verwendet wird, das besonders die Landleute konsumieren. Redner stellt fest, daß in Wirklichkeit der Zoll sich höher stelle, als man glaube, auf mindestens 12 M., die ausländische Wagenfett-Fabrikation werde durch ihn begünstigt, die inländische außerordentlich belastet, kurz der Zoll sei unsummt, ja verächtlich. Es sei bedenklich, daß die Regierung sich zu den Wünschen einzelner Interessenten und Schützjünger lasse. Diese Zollpolitik müsse mit allen Kräften bekämpft werden.

v. Wangenheim sündigt an, verschiedene Anträge auf Zollfreiheit für mehrere Abchnitte, so auch für Bimsstein und Cement, Petroleum etc. stellen zu wollen.

Redner spricht gegen die Zollerhöhungen, Deumer dafür. Deum verbreitet sich über die Cementindustrie und wendet gegen das heimische Vorgehen des Cementzuges.

Geheimrat Vermuth hebt die handelspolitische Bedeutung des Cementzuges hervor.

Da Anträge zum zweiten Abschnitt sowie zum dritten Abschnitt nicht vorliegen, wendet sich die Generaldebatte dem vierten Abschnitt zu, Gemische und pharmazeutische Erzeugnisse, Farben und Farbstoffe.

Molkendühr schildert die in dieses Kapitel fallenden deutschen Industrien als während auf dem Weltmarkt, die eines angeblich nötigen Schutzes nicht bedürften, da sie konkurrenzfähig in jeder Beziehung seien. Herr v. Wangenheim — der eine Reihe von Anträgen gestellt hat — verfähre inkonsequent und willkürlich mit seinen Anträgen, so besonders zu Position 276 (Essigsäure). Hier verlange der Antragsteller sogar eine Erhöhung von 12 auf 20 M., während er für eine Reihe anderer Produkte Zollfreiheit beantragt. Die Essigsäure-Fabrikation bedürfe des Zolles nicht. Der Zoll auf Chloralkali müsse beseitigt werden, schon aus hygienischen Rücksichten. Hierin folge er, Redner, dem Antrag Wangenheims, aber nicht denen, die Zölle auf Bleizucker etc. legen wollen. Besonders die Zölle auf Auf-, Buch-, Druckerschwarz, Anstrichfarben müßten fallen, ebenso Gerbstoff-Extrakte. Es sei widersinnig, Zölle auf Rohprodukte zu legen, während man Fertigprodukte zollfrei läßt. Noch wunderlicher seien die inzwischen eingegangenen Anträge Arndt-Deumer, die Brom, das jetzt zollfrei sei, mit einem Zoll von 100 Mark belegen wollen. Das Bromkaliell hat seiner Zeit massenhaft Brom in Amerika auf gekauft und es vernichten lassen, damit es hohe Preise den Konsumenten diktieren konnte. Dieses kulturfeindliche Verfahren dürfe nicht noch staatlich unterstützt werden, denn es schade eine ganze Reihe von Industrien, die Brom benötigen. Man darf nicht den Zolltarif benutzen, um einem halben Dutzend Großkapitalisten Millionengelder in die Tasche zu schieben. Die Herren vom Bromkaliell mögen eine Rechnung vorlegen, wie viel ihnen eigentlich noch zur Befriedigung ihrer Gewinnlust fehlt, dann kann ihnen der Staat besser direkt das Geld geben. Sie haben als Agrarier den Antrag mituntergezeichnet, der einen Zoll von 1 M. auf Schwefelsäure legen will. Dadurch werden die künstlichen Düngemittel (Superphosphate etc.) verteuert, zu denen Schwefelsäure verwendet wird. So wäret man besonders gegen den Kleinen Landwirt! Die chemische Industrie benötigt keine Zölle, es heißt kulturfeindlich handeln, hier Zölle aufzustellen.

Die Generaldebatte schließt. Die Spezialdiskussion über die vorliegenden Anträge wird abgelehnt. Die vorgeschlagenen redaktionellen Änderungen der Subkommission werden angenommen, damit ist der Abschnitt erledigt.

Die Generaldebatte wird über den fünften Abschnitt: Tierische und pflanzliche Erzeugnisse und Waren daraus — eröffnet.

Stadthagen ersucht, in eine Spezialdebatte der Positionen nach dem Vorgehen beim vorigen Abschnitt bei dem 5. Abschnitt nicht einzutreten. Heute sei die Zusammenlegung der Kommission eine ganz andre, als in der ersten Lesung; die Sachleute seien in mehreren Fraktionen; Beschlüsse würden Zufallsmajoritäten ergeben, die die bessere Regelung, die sich in der ersten Lesung in der Kommission bezüglich der Textilzölle gezeigt habe, zu nichte machen könnten.

Beschlossen wird trotzdem, die Spezialdiskussion über die vorliegenden Anträge der Subkommission, sowie der Abgeordneten Wachem und Arndt zu eröffnen.

Arndt beantragt auf Kunstseide Zollerhöhungen von 20, 40 und 60 M. auf 30, 60 und 90 M.

Wachem wendet sich gegen die Zollerhöhung. Dagegen beantragt er selbst zu Position 406, undichte Gewebe, ganz oder teilweise aus Seide (Gaze, Krepp, Flor und dergl.), eine Erhöhung der Zollsätze der ersten Lesung von 400 auf 1000 Mark und von 1000 auf 1500 M. Beide dieser Zoll nicht bewilligt, dann sei die ganze Kreppindustrie ruiniert, die Arbeiter würden auf die Straße gesetzt. (Widerwärtig.)

Geheimrat Vasmuth empfiehlt die Anträge Arndt und Wachem. Molkendühr wendet sich gegen diese Zollerhöhungen, die, um mit dem konservativen Abg. Förster zu reden, zur Verflüchtigung führen würden. Die in Betracht kommenden Industrien seien Ausführungsindustrien, die ein gutes Aussehen und Absatzgebiet haben. Verschaffen wir durch den Zoll den Kunstseide-Fabrikanten höhere Einnahmen, schädigen wir doch den Export und diejenigen Industrien, denen wir damit das Rohprodukt verteuern. Wachem hat die Vermischung der deutschen Krepp-Industrie durch die englische Konkurrenz in Aussicht gestellt, wenn der höhere Zoll nicht angenommen werde. Aber die

englische Krepp-Industrie hat doch gar keinen Zoll und zahlt auch höhere Arbeitslöhne. Hier liegt der Schwerpunkt. Durch höhere Löhne erhält die Industrie gute Arbeiter und wird konkurrenzfähiger. Für diejenigen, die Krepp etc. zur Herstellung bestimmter Waren benötigen, ist er Rohstoff ebenso gut, wie für den Bauer Düngemittel, für Industrielle Eisen, Garn usw., ihnen wird also dieses Halbprodukt verteuert. Statt die Zölle der ersten Lesung zu erhöhen, sollte man auch diese Sätze streichen.

Die Anträge Arndt und Wachem werden angenommen. Die Anmerkung zu 406 wird nachträglich auf Antrag Wachem dahin abgeändert, daß statt 400 M. 1000 M. beschloffen wird.

Der Antrag der Nationalliberalen zu den Garnzöllen für die Nm. 435/42, die Regierungsvorlage wiederherzustellen, im Falle der Ablehnung dieses Antrages in Position 438 zu setzen:

Table with 2 columns: Garn, einträchtig, roh; bis Nr. 11, 6.- M.; Nr. 11 bis 17, 9.- M.; Nr. 17 bis 22, 11.- M.; Nr. 22 bis 32, 14.- M.; Nr. 32 bis 47, 17.- M.

Die weiteren Nummern nach den Beschlüssen erster Lesung, sowie die Positionen 431 und 436 werden gemeinsam diskutiert.

Die Sozialdemokraten beantragen zu allen Positionen Zollfreiheit.

Sächsischer Geheimrat Näger erklärt, über die Beschlüsse erster Lesung hinsichtlich der Garnzölle sei die Spinnerei-Industrie in Sachsen beklagt gewesen; die Herabsetzung der Garnzölle ruiniere Spinnereien. Redner ersucht um Wiederherstellung der Regierungsvorlage, denn nicht nur die Spinnereibesitzer würden sonst ruiniert, auch die Arbeiter würden existenzlos.

Bayrischer Bundesrats-Bevollmächtigter v. Gehrer erklärt, auch in Bayern sei eine Aufregung über die Beschlüsse erster Lesung entstanden. Die Spinnereibesitzer fürchten die Konkurrenz Englands. Die Gründe brauche er hier nicht wieder vorzutragen, warum die Regierungen schon in der ersten Lesung dagegen angeknüpft haben; er erlaube um Wiederherstellung der Regierungsvorlage.

Württembergischer Bundesrats-Bevollmächtigter v. Schneider giebt eine gleiche Erklärung ab.

Graf Schwerin: Er sei in der Textilindustrie nicht sachverständig, aber wenn auch unter Mitwirkung seines sachverständigen Fraktionskollegen Förster die Beschlüsse erster Lesung zu stande gekommen sei, sei er, Redner, doch bereit, die Unbilligkeiten dieser Beschlüsse abzuändern auf einer Mittellinie, wie sie der national-liberale Antrag beabsichtige.

Stadthagen: Es sei höchst auffallend, daß, nachdem in erster Lesung die Sachverständigen aller Fraktionen einig darin waren, daß die Zollsätze der Vorlage ruiniert für die Weberei seien, jetzt die Beschlüsse erster Lesung umgekehrt werden sollen. Aber es zeige sich, daß die Kapitalmagnaten der Spinnerei mehr Einfluß haben und nun Änderungen zu ihren Gunsten durchdrücken. Daß sie eine solche Macht haben müßten, beweisen die Klagesieder, die die Bundesratsbevollmächtigten hier erhalten ließen. Eskaunlich sei es, daß besonders der sächsische Vertreter, wo die Weberei durch die Spinner-Kapitalisten geschädigt werden soll und wo die Weberei für das ganze Staatswesen schwer in Betracht kommt, sich zum Vertreter der Großkapitalisten in der Spinnerei aufgeworfen habe. Für jeden sei es klar, daß hier der größten Kapitalisten mit den Zöllen ein Geschenk gemacht wird, wie seiner Zeit Münch-Ferber das konstatiert hat, und daß die Arbeiter der Weberei unheimlich geschädigt würden. Die Dividenden der Spinnereien in Sachsen beweisen das straffe Gegenteil von einer Kollaps der Spinnereien. Auch die Dividenden der Hofer Spinnerei sind äußerst hohe, eine stete Steigerung des Gewinnes ist nachzuweisen. Die Aufsichtsräte der Altenspinnereien schludten hohe Lantienmen. Durch ganz Deutschland haben die Webereien ohne Ausnahme geklagt, daß die deutsche Spinnerei zurückgegangen ist, so daß ausländische Garne bezogen werden müßten. Dabei zahlten die deutschen Spinner äußerst niedrige Löhne. Der bayrische Vertreter würde sich Dank erwerben, wenn er nachweise, welche Löhne deutsche Spinnerei-Arbeiter erhalten gegenüber englischen und anderen ausländischen Spinnerei-Arbeitern. Es würde sich herausstellen, daß die Deutschen überhaupt elende Arbeitslöhne, wahre Hungerlöhne, erhalten. Wenn die Sachverständigen sogar aus der konservativen und nationalliberalen Partei diese Zustände in der ersten Lesung so hartlegten, ist es um so erklärlicher, wenn dieselben Parteien jetzt die Lage der Weberei verschleiern wollen durch höhere Garnzölle. Der konservative Abgeordnete Förster erklärte damals, daß man den Webereibesitzern nicht zuzumuten könne, nachdem ihre Arbeiter durch Zölle auf Lebensmittel schwer belastet seien, sie dieselben nun in noch schlechtere Lage versetzen sollten durch Herabsetzung der Löhne, die die hohen Zölle auf Garne zur Folge haben müßten.

Nun steht fest, daß abendrein die deutschen Spinnereien den deutschen Bedarf nicht decken können, ausländische Garne bezogen werden müssen. Mit jedem Zoll auf Garne wird der Export der Webindustrie unterbunden, auch die Weberei sei dem Verderben preisgegeben. Die Verflüchtigung der Spinnerei durch Zölle ist notorisch. Zum Schutze der Rückständigkeit einer Industrie ist der Zoll nicht da. Die kann man, wie der sächsische Vertreter, da die Stellung einnehmen, die hohen Dividenden der Spinner zu schätzen, während die in der Weberei beschäftigten Weber dadurch aus Hungerlud geliefert werden. Die Spinnerei beschäftigt nur ca. 75 000 Arbeiter in Deutschland, die Weberei dagegen über 300 000. In der ersten Lesung fanden sich Sachleute der Spinnerei und Weberei gegenüber und aus den gegenseitigen Darlegungen kam die übergroße Mehrheit zu dem Entschluß, die ungeheuerlichen Forderungen der Spinner zurückzuweisen. Die Mächte, die für die Dividendenbesitzer eintreten, haben in der Zwischenzeit unheilvoll gewirkt, das zeigen die Erklärungen der Regierungsvorlage; um so nötiger ist es, nicht nur bei den Beschlüssen der ersten Lesung stehen zu bleiben, sondern Zollfreiheit auf Garne zu beschließen. Es ist unerhörte, wenn die reichen, mächtigen Spinnereibesitzer, die schlechte Löhne zahlen, hier noch wagen, um noch höhere Dividenden zu erzielen, höhere Zölle zu verlangen. Eigentlich sollten wir Sie bitten, wenn Sie höhere Zölle beschließen wollen, die Sätze zu verdoppeln, dann würde der Zolltarif den gesamten Arbeitern der Textilindustrie noch verhaßter, als er es jetzt schon ist. Ich bitte jedoch, in erster Linie für Zollfreiheit zu stimmen, aber durchaus keine Erhöhung gegen die erste Lesung zu beschließen.

Geheimrat Vermuth schließt sich im Namen der Reichsregierung den Erklärungen der übrigen Regierungsvertreter an, die Beschlüsse erster Lesung seien für die Reichsregierung außerordentlich bedenklich. Redner polemisiert gegen Stadthagen und tritt für die Regierungsvorlage ein.

Das Dreimänner-Kollegium Paasche, Graf Schwerin und Spahn hat weitere Anträge eingebracht:

Table with 2 columns: Nr. 438 wie folgt zu fassen: einträchtig, roh; bis Nr. 11 englisch, 6.- M.; über Nr. 11 bis 17, 8.- M.; Nr. 17 bis 22, 11.- M.; Nr. 22 bis 32, 14.- M.; Nr. 32 bis 47, 18.- M.; Nr. 47 bis 63, 22.- M.; Nr. 63 bis 83, 28.- M.; Nr. 83 bis 102, 34.- M.; Nr. 102, 40.- M.

für den Fall der Annahme des Antrags Nr. 431 der Kommissions-Drucksachen die Nummern 440, 442, 444, 452, 456 zu fassen:

Table with 2 columns: Nr. 440 (gebleicht etc.), + 11 M. statt + 9 M.; Nr. 442, 40 M. statt 36 M.; 48 M. statt 42 M.; Nr. 444 Wiederherstellung der Regierungsvorlage, 50 M. statt 40 M.; 70 M. statt 60 M.; 90 M. statt 80 M.; Nr. 456, 40 M. statt 36 M.

Spahn, Gerold, Deumer treten für höhere Zölle ein. Auf Antrag Camp wird die Debatte geschlossen.

Der sozialdemokratische Antrag auf Zollfreiheit wird abgelehnt. Die Anträge des Dreimänner-Kollegiums werden angenommen, ebenso der Antrag zu den Positionen 431—436, die Regierungsvorlage wieder herzustellen.

Der sechste Abschnitt, Leder und Lederwaren, wird ohne Diskussion mit den redaktionellen Abänderungen der Subkommission angenommen.

Der 7. Abschnitt wird ohne Diskussion angenommen.

Zum 8. Abschnitt, Geflechte, referiert Molkendühr über eingegangene Positionen, dann wird derselbe ohne Diskussion angenommen; ebenso der 9. Abschnitt (Seiden, Wärsen, Pinsel etc.)

Zum 10. Abschnitt werden redaktionelle Abänderungen der Subkommission ohne Diskussion und so der ganze Abschnitt angenommen.

Zum 11. Abschnitt, Papier, Pappe und Waren daraus, liegen ebenfalls redaktionelle Abänderungsanträge der Subkommission vor, die ohne Diskussion angenommen werden.

Die Sozialdemokraten beantragen:

zu Nr. 653 (Gabezug aus Holz, Stroß, Espartagrass oder andren Pflanzensfasern) zu setzen: frei, bei Pappen aus mechanisch oder Gemisch bereitetem Holzstoff, zu setzen: frei, zu Nr. 656 (gelbes Strohpapier) zu setzen: frei, zu Nr. 658 (Papier) zu setzen: frei.

Stadthagen tritt für diese Anträge ein. Die Presse aller Parteien habe sich gegen die aufgestellten Zollsätze gewendet. Auch in der Papierindustrie sollen Großkapitalisten, ähnlich wie die Spinner, begünstigt werden durch höhere Zölle. In den angegebenden Konkurrenzländern liegen die Verhältnisse anders, als die Papierfabrikanten die Zölle verlangen, angeblich. Vom kulturellen Standpunkt müsse das verächtlich werden, was als Hilfsmittel zur Hebung der Volkswirtschaft dient. Deutschland könne für seinen Bedarf nicht den nötigen Holzstoff liefern, sei also auf Einfuhr angewiesen. Der Zoll würde den Papiererring stärken und die Buchdruckerei schädigen; die Arbeitslosigkeit würde auch in diesem Falle vermehrt, denn der Export leide unter dem Zoll, der nicht als ein Kompensationsobjekt betrachtet werden könne. Redner ersucht, in eine Spezialdiskussion über die zu dem Abschnitt gestellten Anträge einzutreten. Der Abschnitt wird nach den Beschlüssen der ersten Lesung angenommen, ebenso der Abschnitt Bücher, Bilder, Gemälde.

Zum 13. Abschnitt, Steine etc., werden die redaktionellen Änderungen der Subkommission, sowie die Beschlüsse der ersten Lesung ohne Diskussion angenommen.

Zum 14. Abschnitt, Holzwaren, beantragten Klantenhorn, Pingen, Schälter, für Position 719, Drainröhren, 0,10 Mark, andre Röhren statt 0,40 1 Mark. Molkendühr wendet sich gegen den Antrag der die kleine Landwirtschaft wiederum treffe; diese Plandereien sollte man ihr ersparen. Redner ersucht dringend, die Landwirtschaft vor dieser Belastung zu schützen.

Graf Schwerin sündigt sich voran, später bezüglich der Industriezölle noch analoge Anträge zu stellen, wird aber in diesem Falle für die Wiederherstellung der Regierungsvorlage stimmen und stellt einen dahingehenden Antrag.

Spahn wünscht auf redaktionellem Wege eine Änderung, die der Regierungsvorlage entspricht.

An der Diskussion beteiligen sich noch eine Reihe von Rednern. Arndt beantragt, in Position 720, Röhren aus Steinzeug, den Zoll von 0,40 M. auf 1 M. zu erhöhen, zieht denselben aber zurück und will ihn im Plenum einbringen.

Beschlossen wird, Drainröhren freizulassen und die Regierungsvorlage wiederherzustellen.

Darauf wird die am Sitzung 3 Uhr vertagt. Nächste Sitzung Freitag 9 Uhr.

Kongress französischer Post- und Telegraphenbeamten.

Paris, 21. September. (Fig. Ver.) Die französischen unteren Post- und Telegraphenbeamten haben dieser Tage in der Pariser Arbeitsbörse ihren Jahreskongress abgehalten. Sie genießen volle Koalitionsfreiheit nicht nur auf dem Papier, sondern auch in der Wirklichkeit. Ihre Organisation umfaßt gegenwärtig etwa 19 000 Mitglieder und erstreckt sich auf 71 unter den 86 Departements Frankreichs. Und ihre Forderungen haben Gehör bei Regierung und Parlament. So hat sie an Gehaltsaufbesserungen und sonstigen Anwendungen eine Summe von circa 3 Millionen Frank für 15 000 Beamten erwirkt. Ein Pariser Post-einnehmer, der als Gast erschien, sagte in seiner Begrüßungsansprache, daß die Unterbeamten sich besser auf die Wahrnehmung ihrer Interessen verstanden als die (in einer andren Organisation gruppierten) höheren Postbeamten.

Der Kongress war von über 200 Delegierten besetzt, die die verschiedenen Beamtenkategorien vertraten und in die entsprechenden Amtsuniformen gekleidet waren.

Die wichtigsten Beschlüsse beziehen sich auf die Gehalts- und Pensionsfrage. Für die Briefträger aller Rangstufen wurden Gehalts-erhöhungen gefordert, und zwar vier Gehaltsstufen festgestellt: 800—1200 Fr. für die ländlichen und lokalen Briefträger, 1200—1600 Fr. für die Briefträger-Einnehmer, 1400—1600 Fr. für die Brigadiers, 1400 bis 2000 Fr. für die Oberaufseher. Dann wurde die Erhöhung einer Reihe von „Entschädigungen“ votiert, so für das Schutzwort der Briefträger (30—50 Fr.) für die Reiseflosten der Postwagen-Beamten usw. Die volle Pension soll nach 20 Dienstjahren ohne Rücksicht auf das Alter bewilligt werden und die proportionale Pension (im Verhältnis zu den Dienstjahren) nach 15 Dienstjahren ohne Rücksicht auf die Arbeitsfähigkeit.

Ferner wurden zwei Wochen Ferien im Jahre gefördert. Ein dahingehender Antrag ist in der Deputiertenkammer bereits eingebracht.

Der Kongress wählte eine Delegation, die der Budgetkommission der Kammer die Forderungen der Unterbeamten übermitteln soll.

Das Sachorgan der Unterbeamten bleibt nach wie vor der „Réveil des sous-agents“, redigiert und herausgegeben vom linksradikalen Deputierten Arbonin-Troyes. Ein Antrag auf Gründung eines eignen Organs oder Uebernahme des Arboninischen Blattes wurde abgelehnt und nur die Herausgabe eines Bulletin für die Gewerkschaftsmitglieder beschlossen.

Uebriqens sind die organisierten Post- und Telegraphen-Unterbeamten wohl in ihrer großen Mehrheit sozialistisch gesinnt. In einer Resolution entbot der Kongress seinen „brüderlichen Gruß dem französischen und dem internationalen Proletariat“ unter einem „Hochruf auf die Einigung der Arbeiter und auf die demokratische und soziale Republik“. Die Ansprachen von zwei sozialistischen Gästen, des früheren revolutionär-socialistischen Abgeordneten Groussier und des Jaurèsisten Clauzel, wurden von den Delegierten mit begeistertem Beifall aufgenommen. Der Kongress ging auseinander unter den Klängen der „Internationale“, des revolutionären Liedes des französischen Proletariats.

Partei-Nachrichten.

Die Befriedigung über die Ergebnisse des Parteitag, die wir aus der bis dahin citierten Parteipresse schon in unserer vorgefertigen Nummer konstatieren konnten, kommt auch in den übrigen Organen der Partei zum Ausdruck. Es ist ja auch begreiflich; die drei für das Parteileben und für die Arbeiterklasse so wichtigen Gegenstände der Reichstagswahlen, der Kommunalpolitik und der Arbeiterversicherung, die den Parteitag beherrschten und ihm sein Gepräge gaben, zeigen die Partei in ihrer Einheit und Geschlossenheit. Einst waren auch diese Fragen prinzipielle Streitfragen; das ist heute längst überwunden und es bestehen nur über Einzelheiten von geringer Bedeutung Meinungsverschiedenheiten, deren Beilegung eben die Aussprache dienen soll, die aber durch die Praxis immer wieder neu geboren werden müssen, weil die Praxis immer neue Anforderungen stellt, neue Fragen aufwirft.

Diese drei Gegenstände werden denn auch allgemein von der Parteipresse als die wichtigsten hervorgehoben und man ist in der Beurteilung ihrer Behandlung durch den Parteitag einig. Demgegenüber verhält es sich nicht viel, daß über den Wert der Debatte um die „Neue Zeit“ und die „Socialistischen Monatshefte“ die Meinungen etwas auseinandergehen. Die Verschiedenheit dieser Wertung ist von gleicher Qualität, wie die Verschiedenheit der in dieser Debatte auf dem Parteitage selber zum Ausdruck gekommenen Ansichten.

Den besten Maßstab für die Bewertung dieser Meinungsverschiedenheiten bildet ja gerade die prinzipielle Einheit des Parteitag, in den drei großen Arbeitsthemen und die Einstimmigkeit des Urteils der Parteipresse über die Haltung des Parteitages in diesen drei Fragen. Der Wille zur Einheit ist vorhanden und wo sich jeder dessen bei jeder Gelegenheit ebenso bewußt bleibt, wie der Notwendigkeit der Einheit, da können die tatsächlich vorhandenen Meinungsverschiedenheiten über Einzelnes niemals zur Trennung führen.

Die Parteipresse ist selbst einig in dem, was auf dem Parteitage unterblieben ist: die Behandlung der bayerischen Wahlrechtsfrage. Daß die „Münchener Post“ mit der von uns dafür gegebenen Erklärung nicht übereinstimmt, ist ja ganz natürlich. Wir hatten gemeint, die bayerischen Genossen hätten gesehen, daß in den weitesten Parteikreisen das Verhalten der bayerischen Genossen in dieser Frage als ein Fehler betrachtet würde, und das würde ihnen genügen. Die „Münchener Post“ meint umgekehrt, daß Unterbleiben der Wahlrechts-Debatte beweise, daß die außerbayerischen Genossen zu der Ueberzeugung gekommen seien, man müsse nun doch erst abwarten, ob ein Fehler gemacht worden sei. Wie gesagt, wir verstehen es, daß die „Münchener Post“ der Sache diese Wendung zu geben versucht, aber es lohnt nicht mehr, jetzt darüber zu streiten, worum der Parteitag nicht darüber streiten wollte. Genug, er hat es nicht getan — womit auch die „Münchener Post“ zufrieden ist — und es bleibt wirklich der zukünftigen Erfahrung das endgültige Urteil überlassen.

Diese Befriedigung über die Ergebnisse des Parteitages kommt selbst in einem bisher von der Elberfelder „Freien Presse“ und der „Bremer Bürgerzeitung“ übernommenen Artikel der Korrespondenz des Genossen Parvus zum Ausdruck. Obwohl diese Thatsache immerhin erwähnenswert ist, hätten wir die besonders Erwähnung dieser Artikel doch unterlassen, wenn nicht eine Stelle darin, die allerdings nur von der „Bremer Bürgerzeitung“ und zwar ohne jedes Wort der Kritik wiedergegeben wird, eine entschiedene Zurückweisung verdiente. Parvus behandelt die Frage des Achtstundentages, und dazu heißt es in dem Artikel:

„Der Standpunkt, den einzelne Fraktionsmitglieder in der Frage eingenommen hatten, reizte allerdings zum Widerspruch. Schärfer als auf dem Parteitage geschah es in einem Artikel der „Leipziger Volkszeitung“. Gewiß würde in der Darstellung von Webel die Sache denn doch etwas anders aussehen, als in der Wiedergabe von Edm. Fischer. Auf alle Fälle aber ist Aufklärung dringend notwendig, ob wir noch am Achtstundentag festhalten oder ihm den Neunstundentag vorschreiben. Diese Aufklärung geschieht am besten durch Vorlage des Gesetzentwurfs. Alle dagegen geltend gemachten geschäftsordnungsmäßigen Bedenken treffen neben das Ziel; nichts steht dem im Wege, daß der Gesetzentwurf ausgearbeitet und vorgelegt wird — wann er nachher auf die Tagesordnung kommt, wird sich schon zeigen. Auch wird die zukünftige Fraktion der gegenwärtigen sehr dankbar sein, wenn sie von ihr einen fertigen Gesetzentwurf übernimmt —, sie wird sich dann nicht vier Jahre lang mit Zeitmangel entschuldigen müssen, um im fünften zu erklären, daß sie jetzt, vor den Wahlen, erst recht keine Zeit habe, den Entwurf auszuarbeiten.“

Wenn Parvus diese ungeschönten Verdächtigungen der Fraktion allein in seiner Korrespondenz ausgesprochen hätte, so hätten wir weiter kein Wort dazu gesagt; dem Manne ist nicht zu helfen. Man kam im Zweifel darüber sein, ob er sich nur nicht der Bedeutung seiner Worte vollständig bewußt ist oder ob er tatsächlich die Absicht hat, der Reichstags-Fraktion vorzuwerfen, daß sie Parteigrundsätze hinterlistig verrät und das mit formalen Entschuldigungen zu verdecken, die Partei mit leeren Andreden über ihre wirklichen Absichten zu täuschen sucht. Ein Parteiblatt aber sollte sich doch der Bedeutung solcher Behauptungen bewußt sein. Die Behauptung ist tatsächlich in den von uns durch den Druck hervorgehobenen Sätzen enthalten. Wenn gesagt wird, es sei dringend notwendig, daß durch die That, durch Vorlegung des Gesetzentwurfs Aufklärung darüber gegeben werde, ob wir, das ist in diesem Falle die Fraktion, noch am Achtstundentage festhalten, so bedeutet das, daß wir ohne diese That nicht mehr glauben können, daß die Fraktion noch den Achtstundentag will. Und der Schlußsatz des Citats enthält im Zusammenhang mit dem erwähnten Satz dann die Behauptung, daß die Angaben der Fraktion über die Gründe für ihr Verhalten nur Ausreden seien. Wir können nur annehmen, daß die Redaktion der „Bremer Bürgerzeitung“ diesen Absatz in dem Artikel nicht genügend beachtet hat; wir können nicht glauben, daß sie mit Absicht der Fraktion eine solche gänzlich unangebrachte und unbedachte Unterstellung machen wollte. Der Förderung unserer Sache dient das wahrhaftig nicht.

Bedeutende Wahlerfolge hat die Partei bei den Wahlmännerwahlen zur Landtagswahl im Großherzogtum Oldenburg errungen. Diese Wahlen haben am 18. und 19. September stattgefunden. Im Wahlkreis Nürtingen, in dem der alte Parteiort Sant liegt, wurden sämtliche socialdemokratische Wahlmänner gewählt. Die Folge ist die Wahl von drei Abgeordneten in den Landtag. Im Wahlkreis Delmenhorst wurden fünfzig socialdemokratische Wahlmänner gewählt. Es fehlten nur noch fünf Wahlmänner, dann hätte unsere Partei die absolute Mehrheit auch hier gehabt. Ob bei den scharfen Gegenlagen, welche dort herrschen, zwischen unserer Partei und den Liberalen ein Kompromiß zu Stande kommt, so daß man unsere Parteigenossen zwei Abgeordnete konzessiert, ist sehr fraglich. Bemerkenswert ist, daß in drei rein ländlichen Wahlbezirken die socialdemokratischen Wahlmänner gewählt wurden. Außerdem wurden in mehreren Orten socialdemokratische Wahlmänner gewählt oder Stimmen für solche abgegeben, in denen das bei den früheren Wahlen nicht der Fall war. Dieser Wahlausfall zeigt, daß es überall vorwärts geht, daß die bisherige Thätigkeit des einzigen Socialdemokraten in dem Parlament dieses kleinen Bundesstaates und die Fehler unserer Gegner in den letzten Jahren, vor allem die Erhöhung der Ciவில்isse, ihre Früchte getragen haben. In dem nächsten Landtage, der im November zusammentritt, werden also sicher drei, möglicherweise fünf Socialdemokraten sitzen, während bisher nur einer darin saß.

Webel's Abrechnung mit Dr. Schäbler. Der Centrumsabgeordnete Dr. Schäbler hat bekanntlich auf dem Nürnberger Reichstags-Tage sein Verhalten darüber ausgedrückt, daß Wobler und Webel leider den Festzug der katholischen Arbeiter nicht gesehen hätten, um sich zu überzeugen, daß nicht alle Arbeiter auf die rote Fahne schweben, sondern daß noch Hunderttausende der Fahne des Kreuzes folgen. Am Anschluß daran wurden gegen

die Socialdemokratie direkt und indirekt schwere Vorwürfe erhoben. Daraufhin veranfaßten unsere Bamberger Parteigenossen eine Versammlung mit der Tagesordnung: „Centrum und Socialdemokratie“ und luden den Herrn Dr. Schäbler, der in Bamberg seinen Wohnsitz hat, dazu ein, damit er die Vorwürfe vor der Allgemeinheit begründe. Als Referent für die Versammlung wurde Genosse Webel benannt. Dr. Schäbler schrieb im letzten Moment dem Einberufer, daß er der Einladung nicht Folge leisten werde, da er keine Veranlassung dazu habe. Er hält es also für nutzlos, aus diesem Hinterhalte Vorwürfe zu erheben, die er vor der Öffentlichkeit nicht begründen kann. Webel beendete die heuchlerische Arbeiterfreundlichkeit des Centrums in 2 1/2 stündigem Vortrage in der trefflichsten Weise und ging besonders mit Dr. Schäbler scharf ins Gericht. Die aus über 2000 Personen bestehende Versammlung stimmte ihm begeistert zu. Von den zahlreich anwesenden Gegnern leistete niemand der Einladung, Webel zu widerlegen, Folge. Es wurde gegen 2 Stimmen eine Resolution angenommen, die sich mit Webel's Ausführungen einverstanden erklärt und verlangt, daß die socialistischen Forderungen mit aller Energie propagiert werden. Im Centrum wird eine Partei erblickt, die bestrebt ist, die heutigen unhaltbaren Zustände mit allen Mitteln aufrecht zu erhalten und durch ihre bildungsfeindliche Haltung, durch Förderung des Militarismus, durch ihren Widerstand gegen jede ernste Socialreform, durch ihre Haltung in der Zollfrage die Lage der arbeitenden Klasse untragbar zu gestalten und deshalb hauptsächlich durch Aufklärung der weitesten Kreise der Arbeiterklasse nach Kräften belämpft werden müsse.

In Wahrenth referierte Genosse Reichstags-Abgeordneter Webebor in einer massenhaft besuchten Volksversammlung über den Kampf des Volkes gegen Lebensmittelvertheuerung und Reaction. Der Reichstags-Abgeordnete für Wahrenth, Prof. Hagen sowie die Landtags-Abgeordneten Casselmann und Dörnböfer waren zur Versammlung eingeladen, um darüber Rede zu stehen, wie sie sich zu den Anschlägen des Junkertums verhalten und was sie zur Abhilfe der Preissteigerung zu thun gedenken. Die Herren zogen es aber vor, nicht zu erscheinen. In einer Resolution wurde gegen jede Preiserhöhung auf Lebensmittel protestiert und die gänzliche Aufhebung der städtischen Fleischzuschläge verlangt.

Sein fünfundzwanzigjähriges Geschäftsjubiläum feierte heute, so schreibt das „Hamburger Echo“ unterm 24. d. M., unser Korrektor Hermann Schween, der „im Nebenamt“ auch allmonatlich den Scherzfilm der „Leier als Käsekonkel“ auf die Probe stellt. Als ein Muster von Pflichttreue und Zuverlässigkeit hat Schween nunmehr ein Vierteljahrhundert hindurch einen Posten bekleidet, der hohe Ansprüche an die Tüchtigkeit stellt, und in diesem langen Zeitraum hat Schween sich nicht nur seiner beruflichen Aufgabe stets gewissenhaft gezeigt, sondern auch die Pflichten eines Parteigenossen in vollstem Maße erfüllt. In den bösen Zeiten, als die Handhabung des Socialistengesetzes jedes socialistische Zeitungsunternehmen in Frage stellte, als das „Hamburg-Altonaer Volksblatt“, für das Schween engagiert worden, unterdrückt war, als Mann für Mann die socialistischen Redactoren ausgewiesen wurden, da besaß sich Hermann Schween keinen Augenblick, die Rathfolgerin des unterdrückten Blattes, die „Gerichtszeitung“, verantwortlich zu zeichnen und die Gefahr, die dem Redacteur drohte, auf sich zu nehmen. Als selbstverständliche Pflicht hatte er es betrachtet, in die Bresche zu springen, und von demselben Pflichtgefühl befeuert, hat er die langen Jahre hindurch unter stets wechselnden Verhältnissen dem Parteiorgan seine Kraft gewidmet. Manche Wandlungen hat er gesehen, und aus dem Lokalblatt, das dreimal in der Woche erschien, ist im Laufe der Zeit ein großes Tagesorgan geworden, das bei seinen 32 000 Abonnenten zu den einflussreichsten politischen Blättern Deutschlands zählt. Mit ungeschwächter Kraft hat unser Hermann Schween zu seinem Teil mitgearbeitet, und er hat sich immer als ein zuverlässiger Parteigenosse und tüchtiger Arbeiter bewährt. Von dem gesamten Geschäftspersonal und von der Geschäftsleitung wurde dem Jubilar die gebührende Ehrung zu teil.

Der Gendarm von Sparrenberg.

Ein lustiges Agitationsabenteuer hatten die Genossen Rauh und Ebert von Hof am vergangenen Sonntag. An den Wahlkreis Hof grenzt ein Teil des preussischen Wahlkreises Erfurt an; in diesem Winkel wird seit Jahren die schriftliche Agitation von den Hölzer Genossen besorgt, da die Arbeit von Hof aus bequemer und mit geringeren Kosten gemacht werden kann. Die beiden genannten Genossen gaben sich nun am Sonntag der üblichen Thätigkeit hin, in der Gegend den Agitationskalender „Thüringer Landbote“ zu verbreiten. Schon hatten sie Blankenberg und Pöhlitz „gemacht“ und wollten nun auch das idyllisch gelegene Sparrenberg besuchen, als sie vernahmen, daß der Gendarm ihnen auf den Fersen sei. Im Dorfe selbst gelang es ihm nicht, sie abzufangen, worauf er ihnen den Weg abschneidete und die Arglosen gerade in dem Momente, als sie die Grenze überschreiten wollten, durch ein donnerndes Galt an den Boden stieß. Er hielt ihnen ihr verbrecherisches Thun vor und bemerkte auf den Einwand, daß nach § 43 der S.O. das Verteilen des Kalenders gestattet sei, er müsse sich erst überzeugen, ob die Blätter nicht strafbares enthalten. So wurde denn mitten im Walde ein Lager bezogen und der Herr Gendarm machte sich daran, den Kalender auf seine Strafbarkeit zu prüfen, und fast jede Seite erregte den Horn des Gewaltigen. Diese Prüfung dauerte 1 1/2 Stunden und dazu machte der Herr Gendarm Ranghosen über die Socialdemokratie im Stile der Kaiserhofblätter. Er erklärte die Partei für eine „große Lüge“, die Rosa Luxemburg sei die größte Lügnerin, das habe sie erst in München wieder bewiesen, der Abg. Reichhaus sei ein Maulheld und Ausbeuter, der löbte ihm „den Dandel unter rüschigen mit Gummischuhen“, alle Verbrecher, die auf der Straße rumlaufen, seien Socialdemokraten. Die Kuh jammert, wenn ihr das Junge genommen wird, aber ihr Socialdemokraten wollt den Eltern die Kinder nehmen und sie in Irrenhospitälern erziehen.“ Als die zwei Genossen, die sich dabei höchlich amüsierten, ihn fragten, aus welchem Samöder er denn keine Kenntnisse über die Socialdemokratie schöpft habe, erklärte er mit belustigender Harmlosigkeit, das habe er in Bekamps Roman „Ein Rückblick auf das Jahr 2000“ gelesen.“ Die Socialdemokratie will Thron und Altar umstürzen, aber nur über meine Leiche geht der Weg zum Thron!“ rief er aus.

Die beiden Genossen wurden schließlich notiert, ebenso auch der noch strafmündige Sohn des Genossen Rauh, der seine jungen fünf Wein dazu benutzt hatte, die entgegenenden Häuser mit Kalendern zu versorgen. Das hinderte die Schwerverbrecher jedoch nicht, aus das nahe Gefäß noch mit dem staatsgefährlichen Kalender zu überflutungen.

Politikalisches, Gerichtliches usw.

Politikalisches Unternehmern. Als jüngst in einer Versammlung in Delitzsch i. V. ein Redner die skandalösen Mißstände auf dem Gebiet der Lebringsausbeute bei einer Teppichfabrik besprach, sprach der Ueberwachende und erklärte: „Kamen dürfen nicht genannt werden!“ Das Verschärfen des Beamten ist ganz ungeschicklich.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Lohnverhältnisse der Rabinowitzer, Spanner und Mattenaufseher wurden in der am Mittwoch abgehaltenen Versammlung dieser Berufsgruppe folgendermaßen dargestellt: Es handelt sich hier um ein verhältnismäßig neues Gewerbe. Als sich die neuen Wände im Vonsche einzubürgern begannen, haben die Rabinowitzer pro Quadratmeter Wand bis zu 8,50 M. erhalten. Durch die Konkurrenz der Unternehmer wie auch besonders durch die Accor d e r t i l sei der Preis aber bereits auf 2,40 M. herabgedrückt worden. Dies sinnlose System habe nicht nur zur Herstellung von Pfusch-

arbeit, sondern auch zu einem immer stärker werdenden Unterbieten der eignen Arbeitskraft geführt, so daß gegenwärtig die schlimmsten Mißstände gerade in dieser Hinsicht herrschen. Obwohl bereits öfter Anläufe zur Abschaffung der Accorarbeit gemacht seien, so habe sich diese doch immer wieder eingenset. Wohl jeder sehe ein, daß es so nicht weiter gehen könne; um aber eine Befreiung der jetzigen Verhältnisse herbeizuführen, müsse mit vereinten Kräften die Umwandlung der Accorarbeit in Lohnarbeit erstrebt werden. Ein festgesetzter Stundenlohn von 80 Pf. bei neunstündiger Arbeitszeit, das sei bis auf weiteres das beste Mittel, um die Verhältnisse im ganzen Berufe wieder zu ordnen. — Die Diskussion war eine äußerst lebhafte. Sämtliche Redner betonten energisch die zwingende Notwendigkeit des geeinten Vorgehens aller drei Gruppen. Das Resultat dieser Aussprache war die bereits mitgeteilte Annahme eines Antrages, laut dessen überall dort, wo die Rabinowitzer, Logen- und sogenannt Rabinowitzer nicht im Lohn zu 80 Pf. pro Stunde bei neunstündiger Arbeitszeit, sondern in Accord ausgeführt werden, am Donnerstagsmorgen die Arbeit niedergelegt werden solle. — Eine Regelung der Spannarbeiten soll in der nächsten Spanner-Versammlung erfolgen.

Metallarbeiter! Die sämtlichen Kollegen bei der Firma Fr o s t u. S c h n e, Wilhelmstraße, haben wegen systematischer Verschlechterung der Accordpreise die Arbeit einmütig niedergelegt. Schlosser, Gärtler, Dreher, Eiselenre und Hilfsarbeiter, 65 an der Zahl. Die Kollegen fordern, um vor den fortgesetzten Verschlechterungen im Accord geschützt zu sein, ihren Lohnabschlag um 5 Pf. pro Stunde zu erhöhen. Zugug ist streng fernzuhalten.

Centralverband der Brauereibesitzer Deutschlands.
Deutscher Metallarbeiter-Verband, Verwaltung Berlin.

Der Streit der Tischner in der Lederwaren-Fabrik von Oskar Z i l g e r, Alexandrinenstr. 93/94, dauert unverändert fort. Zugug streng fernzuhalten. Die Lohnkommission.

Deutsches Reich.

Den Hamburger Bau-Unternehmern war es gelungen, während des Lohnkampfes eine Anzahl Arbeitskassen von auswärtig, besonders aus Ostpreußen, nach Hamburg zu locken, die auch jetzt noch dafelbst in Arbeit stehen. Der auffälligen Einwirkung der Hamburger Arbeiter ist es aber gelungen, die östpreussischen Arbeitswilligen über das Ansolldarische ihrer Handlungsweise zu belehren und sie zum Verlassen Hamburgs zu bewegen. Am Mittwoch fand eine Versammlung der zur Zeit in Hamburg beschäftigten östpreussischen Maurer, Zimmerer und Hilfsarbeiter statt, die nach lebhafter Aussprache eine Resolution annahm, worin gefagt wird: Die östpreussischen Maurer haben einsehen gelernt, daß sie den deutschen Berufsgenossen gegenüber unsozialistisch gehandelt haben. Sie hätten Hamburg längst verlassen, wenn nicht die Unternehmer mit Hilfe der Polizei-Organen alle Mittel angewandt hätten, dies zu verhindern. Auf Grund dieser Erfahrungen sind die noch in Hamburg weilenden Wiener Maurer zu dem Entschluß gekommen, mit Ende dieser Woche in ihre Heimat zurückzukehren.

Erhebungen über Lohn- und Arbeitsbedingungen veranstaltet der Glasarbeiter-Verband und der Holzarbeiter-Verband. Die Erhebungen des ersteren sollen am 15. Oktober abgeschlossen sein, während der Holzarbeiter-Verband seine Ausnahmen im Dezember machen wird.

Der Verein der Siggarenfortierer giebt seit dem 15. d. M. ein zignes, monatlich einmal erscheinendes Organ heraus unter dem Titel „Der Organisator“. Bisher hatte der Verein seine Publikationen im „Tabakarbeiter“, dem Organ des Tabakarbeiter-Verbandes, erscheinen lassen. Dieser entzog aber jetzt dem Sortiererverein den Raum des Blattes.

Ausland.

Streiks und Aussperrungen im Jahre 1901 in England.

Nachdem im Februar die vorläufigen Resultate über die Streiks des Vorjahres bekannt gegeben sind, veröffentlicht nunmehr das Arbeitsamt die endgültig festgestellten Resultate. Danach beläuft sich die Zahl der im Jahre 1901 begonnenen Streiks auf 642; die 179 546 Personen, die daran beteiligt waren, verloren insgesamt 4 142 287 Arbeitstage. Weder in Bezug auf die Zahl, noch auf den Umfang der Streiks zeichnet sich das Berichtsjahr irgendwie aus; auch einzelne Streiks, die besonders hervorgetreten wären, sind nicht vorgekommen; auch die Gesamtzahl der verlorenen Arbeitstage blieb hinter dem Durchschnitt zurück, überstieg aber doch um etwas die des Vorjahres. Die folgende Tabelle giebt einen Vergleich zwischen den Jahren von 1897—1901:

Jahr	Zahl der begonnenen Streiks	Zahl der an den Streiks beteiligten Personen in jedem Jahr			Dauer der Streiks in Arbeitstagen
		direkt	indirekt	insgesamt	
1897	864	167 453	62 814	230 267	10 345 523
1898	711	200 769	58 138	258 907	15 289 478
1899	729	138 058	42 159	180 217	2 516 416
1900	648	135 145	53 393	188 538	3 152 694
1901	642	111 437	68 109	179 546	4 142 287

In den Streiks am meisten beteiligt war die Bergbau- und die Steinbruch-Industrie, nämlich mit 112 991 oder nahezu 63 Proz. der Personen, die Vongewerbe waren mit 1,2 Proz., die Metall- und Schiffbau-Industrie mit 1,8 Proz. beteiligt.

Die Ursachen der Streiks waren in der überwiegenden Zahl der Fälle Lohnstreiks, in 62,6 Proz. aller Streiks handelte es sich um solche und 37,4 Proz. aller direkt beteiligten Personen waren in solche verwickelt. Der Geschäftsgang war in diesem Jahre ein viel schlechterer als in den Vorjahren und so hatten sich die Arbeiter in den meisten der Lohnstreiks gegen Herabsetzung der Löhne zu wehren, während nur wenige Kämpfe um eine Erhöhung derselben geführt wurden.

Dementsprechend waren auch die Erfolge mehr auf Seiten der Unternehmer:

Zu Gunsten derselben verliefen 33,81 Proz., zu Gunsten der Arbeiter 27,50 Proz., durch Kompromiß endeten 38,75 Proz., ungewiß und unerledigt blieben 1,99 Proz. — Nahezu drei Viertel aller Konflikte sind durch unmittelbare Unterhandlungen zwischen Vertretern der Beteiligten zu Ende geführt worden; die solcher Art beendeten Streiks umfaßten insgesamt 80 Proz. aller an Streiks beteiligten Personen.

In einem besonderen Kapitel wird die Thätigkeit der permanenten Einigungsämter gewürdigt. Nach den Verichten von 58 Ämtern wurden diese im Jahre 1901 in 1405 Fällen angerufen; nur in wenigen derselben kam es zu einer ArbeitsEinstellung. 601 dieser Konflikte wurden schließlich ohne Mitwirkung des Einigungsamtes geregelt oder die betreffenden Anträge wurden zurückgezogen und 39 waren am Ende des Jahres noch in der Schwebe. Von den verbleibenden 855 Fällen wurden 503 durch die Einigungsämter oder Komitees, 182 durch Schiedsrichter erledigt.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt.

3. 100. Gerändertes Schinken darf von Danemark eingeführt werden, natürlich gegen Zoll; Wuch nicht (auch nicht gerändert).

W. G. Die Angelegenheit zwischen den beiden Direktoren Busch und Schumann hat sich in der Nacht zum 13. April 1900 auf dem Kaiserhof Bahnhof abgespielt.

H. S. Vor Jahren haben wir vor der Kasse „Wohlfahrt“ gewarnt und zum Austritt durch eingeschriebenen Brief aufgefordert. Da Ihre Frau diese wiederholte, in diesem und im letzten Teil erlassenen Warnungen unbeachtet gelassen hat, ist sie nunmehr selber zur Zahlung verpflichtet, es sei denn, sie war im Jahre 1901 noch minderjährig. — **G. T. 22.** Auf Grund des ergangenen Urteils können Sie beim Amtsgericht Pfandung und Ueberweisung der Forderung des Schuldners an Sie erwirken. — **Hilse, Neumann.** 1. Kein. 2. Wohnt Verteidiger und Verteidigte in derselben

Sociales.

Eine Lohnentschädigung wegen unberechtigter Entlassung fordert der Brauereiarbeiter D. von der Aktiengesellschaft Schültheiß-Bräuerei, wogegen vom Vertreter der Beklagten vor dem Gewerbegericht geltend gemacht wurde, daß der Kläger drei Tage ohne Entschädigung weggeblieben sei. Er habe zwar wegen einer Ehescheidungsache einige Tage von der Arbeit fortbleiben wollen, die Erlaubnis sei ihm aber nicht erteilt worden. Der Kläger behauptete demgegenüber, es sei ihm auf sein wiederholtes Verlangen, wegzubleiben zu dürfen, gesagt worden: Machen Sie, was Sie wollen. Ein Zeuge bezeugte, daß die Erlaubnis zum Ausgehen der Arbeit nicht erteilt worden sei.

Das Gewerbegericht wies den Kläger mit der Begründung ab, daß seine Arbeitsverhältnisse als unbefugtes Verlassen der Arbeit anzusehen sei, da er keine Erlaubnis dazu gehabt habe. In der Berufung des Vorgelegten, Kläger solle machen was er wolle, liege ein Einverständnis nicht, sondern nur eine ärgerliche Zurückweisung seines Drängens, die zugleich bedeutete, Kläger müßte die Folgen tragen.

Die Entscheidung ist mindestens anfechtbar. Man könnte ebenso gut sagen, daß die Berufung „Machen Sie was Sie wollen“ es dem Kläger freistellt, von der Arbeit wegzubleiben, und so hat doch dieser sie auch offenbar angesehen. Jedenfalls kann der Arbeiter doch verlangen, daß ihm auf seine Bitte ein klares Ja oder Nein erteilt werde. Für die unklare Antwort sollte doch der kassierbar sein, der sie gegeben, da er die Schuld an der ihm nicht zuzurechnenden Auslegung seiner Antwort durch den Kläger trägt.

Die kriminelle Bestrafung des „Blauen Montags“ besteht in Bayern auf Grund des dortigen Polizei-Strafgesetzbuchs noch immer zu recht. Auf Grund dieser Vorschrift ist jetzt wieder ein Weber in Siebenbrunn bei Augsburg zu 4 Tagen Haft verurteilt worden. Diese Bestimmung steht mit dem Geiste unserer sonstigen Gesetzgebung über den gewerblichen Arbeitsvertrag durchaus im Widerspruch und sollte endlich beseitigt werden.

Billige Gesehdsübertretung. In 3 M. Geldstrafe wurde vom Schöffengericht in Reichenbach in Sachsen ein Fabrikarbeiter verurteilt, weil er weibliche Personen über 16 Jahre länger als 11 Stunden täglich beschäftigt hatte, ohne daß das polizeilich genehmigt war. Der Fabrikarbeiter hatte nur eine einfache Mitteilung an die Polizeibehörde gelangen lassen, daß er die Arbeiterinnen länger beschäftigen wolle und geglaubt, dadurch seine Pflicht erfüllt zu haben.

Aus der Frauenbewegung.

Gegen die Herabsetzung der Arbeitszeit der Frauen wendet sich auch der Verein der deutschen Papierfabrikanten in einem Schreiben an den Bundesrat. Der Verein begründet seine Stellung, wie die „National-Zeitung“ mitteilt, mit dem Hinweis auf „die Eigenart des Gewerbes“, giebt aber dabei selbst zu, daß jetzt schon tatsächlich in den meisten Betrieben des Gewerbes die Arbeitszeit nur 10 Stunden beträgt, so daß also die gezielte Festlegung einer solchen wenig an den tatsächlichen Zuständen ändern würde. Der Widerstand der Unternehmer ist deshalb ganz unbegründet und die Regierung wird aus solchen Material nicht viel gegen die Herabsetzung der Arbeitszeit der Arbeiterinnen beweisen können.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Wilmersdorf-Halensee. Um die bisherige unplanmäßige Expedition des „Vorwärts“ in Halensee zu befestigen, beabsichtigt der Wahlverein zu Wilmersdorf, den „Vorwärts“ in eigene Expedition zu übernehmen. In diesem Zweck findet am Sonntag die Verbreitung einer Agitationsnummer statt, welcher gleichzeitig Abkommenszettel beiliegen. Wir ersuchen die Genossen von Wilmersdorf und Halensee, Sonntagmorgen 8 Uhr beim Genossen Hilpert zahlreich zu erscheinen. Der Vorstand.

Buch. Am Sonntagnachmittag 2 Uhr findet im Albrechtischen Lokal eine öffentliche Versammlung statt, in der Reichstags-Abgeordneter Arthur Stadthagen über die Frage: „Was droht dem deutschen Volke?“ sprechen wird.

Die Parteigenossen, die in Buch auf den städtischen Warten beschäftigt sind, werden gebeten, die dortigen Einwohner auf diese Versammlung aufmerksam zu machen.

Der Vertrauensmann für den Bezirk Weihensee.

Mahnndorf bei Friedrichshagen. Die zum Sonntag, den 28. September, angekündigte Volksversammlung kam leider nicht zustande, da der Wirt, Herr August Wille, seinen Saal jurildagezogen hat mit der Begründung, „daß durch die Versammlung sonst Unannehmlichkeiten in der Gemeinde entstehen könnten.“ Pflicht der Arbeiter ist es jetzt, das Lokal von Wille streng zu meiden, um ihm Unannehmlichkeiten zu ersparen. Alle übrigen Lokale in Mahndorf sind frei.

Lokales.

Aus der Stadtverordneten-Versammlung.

Die Mißstände im städtischen Irrenwesen, die in der letzten Zeit die Öffentlichkeit beschäftigt haben, im besonderen der Fall Katermann, wurden in der getriggen Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung von den Arbeitervertretern zur Sprache gebracht und verdientermaßen einer scharfen Kritik unterzogen. Die sozialdemokratische Fraktion hatte den Antrag gestellt, die Versammlung möge den Magistrat um Auskunft darüber ersuchen, woher er zur Beseitigung dieser Mißstände zu thun gedenke. Genosse Stadtverordneter Hünze referierte ausführlich über die Vorkommnisse, die Veranlassung zu diesem Antrag gegeben haben, und führte überzeugend den Nachweis, daß im Fall Katermann ein Verschulden nicht nur der Polizei, sondern ebenso sehr auch der Leitung der Irrenanstalt Herzberge vorliegt. Hünze ging dann auch auf die andern ähnlichen Fälle ein und äußerte seine Verwunderung darüber, daß die Einsparungen von Zulassen der Stadtvogtei nach Herzberge sich so oft wiederholen und daß die Leitung dieser städtischen Anstalt sich der Polizei gegenüber stets so entgegenkommend zeigt. Auf die Anklagen des sozialdemokratischen Redners antwortete der Magistrat durch den Mund des Stadtrats Strachmann. Selbstverständlich gab Herr Strachmann sich alle Mühe, die Verwaltung von Herzberge zu entlasten. Er begann etwas kleinlaut, aber als ihn die Mehrheitsfraktionen der Versammlung durch bestimmende Zurufe unterbrachen, wurde er mutiger und widmete sich dem Geschäft der Mahnwäsche mit großem Eifer. Nach ihm versicherte der Sprecher der Mehrheit, Stadtr. Dörr, seine Freunde seien durchaus bereit, für Abstellung von Mißständen zu sorgen, wenn solche nachgewiesen würden. In den vorliegenden Fällen handelte es sich aber nicht um mangelhafte Einrichtungen, sondern nur um kleine Versehen. Die Mehrheit spendete befriedigt Beifall und Herr Langerhand wollte — etwas eilig — die Debatte schließen, als sich Genosse Singer erhob, um die Begeisterung der Verteidiger des Magistrats ein wenig zu dämpfen. Singer geißelte den empörenden Gleichmut, mit dem der Magistrat und seine Freunde in der Stadtverordneten-Versammlung die standalösen Vorkommnisse behandelten. Noch einmal versuchte Herr Strachmann die Sache

des Magistrats zu verfechten, aber er schmitt nicht besser ab, als das erste Mal. Von Stadtr. Hagen wurde ihm nachgewiesen, daß für den Magistrat und die Leitungen der städtischen Irrenanstalten durchaus kein zwingender, gesetzlicher Grund vorliegt, sich bei Ueberweisungen von angeblich Geisteskranken so willfährig und gefällig zu zeigen, wie es bisher geschehen ist. Herr Cassel, der letzte Redner, fand schließlich, daß über die ganze Angelegenheit gar nicht so lange debattiert zu werden brauchte. Offenbar ging ihm das Verständnis dafür ab, wie sehr es zur Beunruhigung der Bevölkerung beitragen muß, wenn es möglich ist, daß man aus der Stadtvogtei ohne weiteres in die Irrenanstalt abgeschoben wird und dort verschwindet, ohne daß die Angehörigen davon benachrichtigt werden. Auf der nicht besetzten Tribüne schüttelte man die Köpfe über Herrn Cassel. Das Ergebnis der Debatte bestand in der vom Magistratsvertreter abgegebenen Erklärung, daß den Beamten bereits die Befolgung des Reglements von neuem eingeschärft worden sei. Wir werden sehen, wie weit das helfen wird.

Die Tätigkeit der Polizei bei Streiks.

Es ist ja eine ebenso bekannte wie bedauerliche Tatsache, daß bei Ausbruch irgendwelcher Streiks die Polizei in der einseitigsten, parteihaftesten Weise in den Gang solcher rein wirtschaftlichen Kämpfe eingreift, indem sie sich von vornherein ohne weiteres in den Dienst des Unternehmertums stellt und dessen Interessen wahrnimmt, während sie auf der andern Seite den streikenden Arbeitern Schwierigkeiten aller Art in den Weg zu legen sucht.

Was für die Tätigkeit der Polizei bei Streiks im allgemeinen gilt, das gilt für die Berliner Polizei und die Gendarmen der Berliner Vororte noch ganz in besonderem Maße. Gerade dieser Sommer hat der Arbeiterschaft von Berlin und seiner Umgebung eine Reihe von Streiks und andern wirtschaftlichen Kämpfen gebracht, bei denen sich Polizei und Gendarmen für die Unternehmung und gegen die Streikenden mit einem ganz außerordentlichen Eifer ins Zeug legten.

Denken wir nur an den noch unbeeendeten, monatelangen Kampf der Holzarbeiter gegen den Arbeit-nachweis der Eisbahnen. Die beobachtet die Polizei da die Kontrollposten der Arbeiter! Nicht als hätten die Arbeiter ein ihnen gesetzlich gewährleistetes Recht aus — nein, als wären sie unter Polizei-Aufsicht stehende Verbrecher. Die viele dieser Posten sind im Laufe der Monate sifiziert worden! Ihre Personalien waren auf den Polizeibüroaus längst bekannt, und trotzdem wurden sie immer von neuem zur Wache geführt und Stundenlanges Verhör ausgesetzt. Die Leute gingen schon mit einer Regelmäßigkeit zur Wache, wie wenn andre Arbeiter zum Mittagessen gehen!

Besonders charakteristisch war das Vorgehen der Polizei-Organe während des Streiks der Metallarbeiter in den Kiles-Works, weiter bei der Rotorenfabrik in Tempelhof und auch bei dem Ausstand der Holzarbeiter bei der Firma Hülshof, Kroll u. Co. Auch hier ergriff die Polizei auf Veranlassung der Arbeitgeber in weitgehendstem Maße gegen die Arbeiter Partei. Einschüchterungen der Streikposten, liebevoller Schutz der Arbeitswilligen und Sittierungen ohne Unterlaß, wechselten mit Einsperungen im Speisegarten harmonisch ab. Und was hat die Polizei mit alledem erreicht? Nichts, aber auch rein gar nichts. Die Streiks wurden bis zu ihrer Erledigung durchgeführt, die Streikposten hielten trotz Polizei und Gendarmen ihre Schuldigkeit, ja, die Polizeibeamten mußten hinterher selbst zugeben, daß die Streikenden im Grunde genommen ganz vernünftige Menschen seien und sich wenig oder gar nichts zu Schulden kommen ließen. Und trotz alledem immer von neuem die Heftigkeiten auf die Streikenden! Welche Enttäuschungen dabei die Polizei erlebt, lehren doch gewiß recht augenfällig die drei erwähnten Streiks. Alle drei endeten mit einem Erfolg der Arbeiter. Am dem einen Tage noch walteten Polizei und Gendarmen mit voller Schnelligkeit ihres Amtes, die Streikenden erschienen noch als verbrochene Elemente. Am andern Tage ist der Streik beendet. Der Unternehmer unterhandelt mit den bis dahin Verfehmten, er stellt sie samt und sonders wieder ein und entläßt sie so rasch wie möglich in die unbrauchbaren Arbeitswilligen, diese leben Schillinge der Polizei. Da standen dann die Polizeibeamten und wußten kaum, was sie zu dieser Wendung der Dinge sagen sollen. Noch vor ein paar Stunden sind sie infiniert worden, mit rüchlos-loser Energie gegen die „Streikbrüder“ vorgegangen — und mit einemmal ziehen diese „Bergarbeiter“, „Bagabonden“, diese „arbeits-scheuen Subjekte“ wieder in die Fabrik ein, während die für den Staat so besonders nützlichen Elemente mit Sad und Bad an die Luft gesetzt werden. Man sollte meinen, die Polizei würde aus dieser sich ständig wiederholenden Vorgängen endlich die richtigen Lehren ziehen. Die Polizeibehörden müßten sich eigentlich längst selbst sagen, daß ihr übermäßig scharfes Auftreten gegen streikende Arbeiter unter solchen Umständen doch ganz zwecklos ist. Doch weit gefehlt. Preussische Polizeibeamte haben eben ihren Kopf für sich. Das beweist ihr Verhalten bei dem jetzigen Dreher-streik in den Hoxig-Works. Wenn nun auch hier die Arbeitswilligen wegen ihrer gänzlichen Unbrauchbarkeit entlassen sein werden? Kam dann stehen die Polizeibeamten genau so da, wie in Ober-Schöne-weide und in Tempelhof und können Betrachtungen darüber anstellen, wie überflüssig eigentlich ihre ganze Tätigkeit bei Streiks ist. Die Arbeiter lassen sich nun einmal nicht ins Vordrängen lassen.

Der Widerwille, mit dem die Berliner Kommunalverwaltung selbst den Anregungen zu ganz geringfügigen sozialen Reformen be-gnügt. Spricht sich aufs neue in einem amtlichen Schreiben aus, die den Arbeitern der städtischen Wasserwerke in Friedrichshagen von ihrer vorgelegten Behörde zugegangen ist. Die dortigen Arbeiter hatten sich einen Sommerurlaub erbeten und stützten sich dabei auf die bekannte Magistratsbescheidung. Dieser Tage ist nun dem Arbeiter-Ausschuß mitgeteilt worden, daß die Deputation es abgelehnt hat, bei dem Magistrat einen Antrag auf Gewährung von Sommerurlaub für die Wasserwerker zu stellen, da die Wasserwerke auf dem Lande in frischer Luft liegen! Weiter wird in dem Bescheid gesagt, daß die Gewährung eines Sommerurlaubs sich auch schon mit Rücksicht auf den verstärkten Betrieb im Sommer nicht durchführen lasse.

Die Beamten der Wasserwerke erhalten trotz der „frischen Luft“ und des verstärkten Betriebes jährlich einen Urlaub von 10 Tagen bis zu 6 Wochen, die Arbeiter dagegen — ja, Wasser, das ist auch ganz was andres!

Kommunal-Agrarische. Die städtische Irren- und Jüden-Anstalt Dalldorf bereitet seit einigen Jahren Viehzucht und hat damit glänzende Erfolge erzielt, so daß auch die übrigen städtischen Anstalten die Viehzucht eingeführt haben bzw. noch einführen werden. Infolge höherer Milch- und Buttererträge sowie höherer Preise für fettes Schweine war die Einnahme um 3316 M. im Jahre 1901 höher als nach dem Etat angenommen worden war, und dieses Ergebnis ist erzielt trotz der höheren Futtermittelpreise infolge der Dürre des Jahres 1901. Die Anstalt Wuhlgarten hatte weniger Erfolg, weil dort wiederholt unter den Schweinen die Seuche ausbrach, die dort übrigens nicht vom Auslande eingeschleppt worden ist. Auch trotz zu dem weniger günstigen Erfolg der Umstände bei, daß die geplante Erweiterung des Gutshofes während des Etatsjahres nicht ausgeführt werden und daher die beabsichtigte Neueinstellung von 20 Milchkühen und 100 Schweinen nicht erfolgen konnte.

Unsre Eisenbahnenzsur. Die Kopenhagener Zeitung „Politiken“ bringt folgende Mitteilung: „Wunderlich ist es unteugbar, daß man auf der dänischen Eisenbahn keine dänischen Zeitungen kaufen kann. Ein bekannter Schriftsteller, der neulich von einer Reise nach Deutschland heimgekehrt ist, erzählte uns gestern, daß er auf der dänischen Eisenbahn, als er auf dem dänischen Bahnhof in Berlin „Politiken“ verlangte, von dem Verwalter des Zeitungsverkaufs die Antwort erhielt, daß keine dänischen Zeitungen zu haben seien. Da der erwähnte Schriftsteller sehr wibbeigierig ist, forschte er weiter nach und erfuhr, daß der Verkauf dänischer Zeitungen polizeilich verboten sei. Der Verwalter des Zeitungsverkaufs erzählte, daß, da oft dänische Zeitungen bei ihm verlangt würden, er den Versuch, sich die Erlaubnis sie zu verkaufen, zu verschaffen, viele Male gemacht habe, aber das sei ihm immer verweigert worden, da gegen könne er schwedische Zeitungen so viele fahren, wie er wolle. Er vermutete selbst, daß das darin seinen Grund habe, daß die dänischen Zeitungen zu viel Politik enthielten. Auf jeden Fall ist dieses Verbot höchst verwunderlich und es wäre gewiß wünschenswert zu erfahren, welche Motive dafür maßgebend waren.“

Das dänische Blatt scheint von preussischer Maulkorbfreiheit sehr schlechte Begriffe zu haben und müßte allein wegen seiner Unwissenheit schon empfindlich bestraft werden. Was würde es erst sagen, wenn es erfähre, daß ein überaus wesentlicher Teil der deutschen Zeitungen vom preussischen Eisenbahnminister in Acht und Bann gethan ist, daß die gesamte sozialdemokratische Presse, ferner die „Zukunft“, der „Simplicissimus“ und ähnliche der preussischen Rückständigkeit unbecommene Zeitschriften auf den Bahnhöfen nicht verkauft werden dürfen? Für die Liebe und Achtung, die eine Regierung genießt, welche ohne solche Zensur nicht auszukommen vermag, ist es allerdings bezeichnend, daß es für Zeitungen gar keine größere Reklame geben kann, als die Bahnhofsverbote.

Mit vollem Recht sagt der preussische Staatsbürger sich, daß uninteressante Blätter auf keinen Fall von der Eisenbahnenzsur betroffen werden, sondern im Gegenteil das Bahnhofsverbot eine sichere Gewähr dafür bietet, daß die solcher Maßregel verfallene Litteratur in jeder Hinsicht lesenswert ist.

Die Zunahme der Berliner Bevölkerung ist in diesem Jahre in den Sommermonaten größer gewesen, als nach der geringen Höhe des Bevölkerungszuwachses, wie sie im Frühjahr beobachtet worden war, erwartet werden durfte. Für den Saluh des Jahres 1901 hatte die Fortschreibung der Bevölkerungszahl 1 901 567 Einwohner ergeben. Im Jahre 1902 hatte sich dann die Bevölkerung zwar in den Monaten Januar und Februar ziemlich rasch vermehrt, bis Ende Februar auf 1 907 155, aber die alljährlich im März infolge starken Fortzuges eintretende Verminderung der Bevölkerung war diesmal so beträchtlich, daß Ende März die Bevölkerungszahl nur noch 1 899 258 betrug. Die erneute Zunahme, die im April und Mai eintrat, war zunächst gering; nach dem vorläufigen Ergebnis der Fortschreibung wurde bis 1. Juni nur erst wieder die Bevölkerungszahl 1 902 190 erreicht. Dagegen brachten die drei Sommermonate Juni, Juli, August diesmal den verhältnismäßig bedeutenden Zuwachs von mehr als 2500, jedoch die Bevölkerungszahl sich Ende August auf 1 904 721 stellte, was freilich immer noch weniger ist als Ende Februar. Vom 31. Dezember 1901 bis zum 31. August 1902 hat sich die Bevölkerung im ganzen um 3154 vermehrt, während im vorigen Jahre die ersten acht Monate im ganzen eine Verminderung um 2211 gebracht hatten. Die Erklärung liegt darin, daß im Sommer 1902 wieder eine Zunahme der Zugzüge begonnen hat, während gleichzeitig die Kindersterblichkeit infolge der kühlen Witterung geringer als in andren Sommern gewesen ist.

Der Neubauten der Charité sind im abgelaufenen Sommer rüstig fortgeschritten. An der Schumannstraße am Eingang zur Charité, neben dem Verwaltungsgebäude, ist die vom Regierungsbaumeister Schmidt nach den Wünschen des Geheimrats Heubner erbaute Kinder-Klinik so weit gediehen, daß man mit der inneren Einrichtung beginnen kann. In der Klinik kommen noch die Isolierbaracken für Kinder mit ansteckenden Krankheiten hinzu. An diese reiht sich das pathologische Institut an, dessen Fundamentierung große Schwierigkeiten machte. Jetzt sind die Grundmauern schon aus der Erde heraus. Die Baracken für Krebskranke sind im Rohbau fertig. Auf dem Hinterlande, nach dem Alexander-Ufer zu, erbaut Regierungsbaumeister Redlich auch die gynäkologische Station, die bis zum ersten Stod gediehen ist. Die psychiatrische Klinik, die vom Baupinspektor Meying errichtet wird, ist bis zum zweiten Stod vorgeführt. Zur Aufnahme von Kranken, die geborgen werden müssen, dienen zwei kleine Einzelhäuser, die schon bezogen sind. Das zwischen der psychiatrischen und der Kervon-Klinik gelegene Gebäude der alten Charité, in dem sich jetzt noch Geisteskranke befinden, wird bald fallen, das neue Gebäude im nächsten Frühjahr bezogen werden. Die chirurgische Klinik, deren Bau vom Baumeister Ancke geleitet wird, das größte der neuen Gebäude, ist bis zum Aufsteigen und Abdecken des Daches gediehen. Das Gebäude erhält an beiden Enden pavillonartige Vorbränge mit offenen Ballons für Kranke, die nicht gehen können. Die Neubauten für die 1. und 2. medizinische Klinik werden im nächsten Frühjahr in Angriff genommen.

Arbeiter-Entlassungen in städtischen Betrieben. Die städtische Parkverwaltung hat 40 Arbeiter wegen Arbeits-mangels entlassen. In der städtischen Desinfektions-Anstalt haben von 73 dort beschäftigten Desinfektoren und Arbeitern 10 vom 7. Oktober wegen reduzierter Betriebes ihre Kündigung erhalten. Nach Berufungen des Chefs sollen dem-nächst weitere Kündigungen erfolgen. Entlassungen wegen Arbeits-mangels waren in der Desinfektions-Anstalt bisher unbekannt. Sollten diese Entlassungen etwa mit dem Defizit der Stadt-Hauptkasse zusammenhängen?

Eine Tierichung-Anfrage hat der Deutsche Tierichung-Verein bei den Verwaltungen der Schlachthäuser in Deutschland ange stellt. Auf dem Berliner Schlachthof werden den Schafen, bevor die Schlachtung dieser Tiere vollzogen wird, die Beine verkränkt. Bei der gewaltsamen Umbiegung der Beine treten nicht nur vielfach Sehnenzerrungen, sondern auch häufig Knochenbrüche ein und die armen Tiere müssen in diesem Zustande längere Zeit liegen, bevor ihre Tötung stattfindet. Der Tierichung-Verein hatte an das Polizeipräsidium die Bitte gerichtet, das Verkränken der Schafe als tierquälerisch zu verbieten, erhielt jedoch einen ablehnenden Bescheid. In diesem wurde behauptet, daß die Schafe gegen Sämergen weniger empfindlich seien und daß eine andre Schlachtmethode nicht durchführbar wäre. Darauf hat nun, wie bereits erwähnt, der Deutsche Tierichung-Verein eine Umfrage über die Schlachtmethode in den andern deutschen Schlachthäusern ange stellt. Auf 122 Anfragen sind bisher 99 Antworten eingelaufen, darunter aus allen Großstädten Deutschlands, wie Hamburg, München, Breslau, Köln, Leipzig, Dresden, Nürnberg usw. In allen 99 Antworten wird erklärt, daß das Verkränken der Beine bei ihnen nicht stattfindet. In 22 Fällen ist jedoch diese Methode nicht verboten, doch ist sie entweder unbekannt oder wird nicht ausgeübt. In drei Schlachthäusern (Köln, Erfurt und Dessau) ist das Verkränken der Beine bei den Schafen als tierquälerisch unter Strafe gestellt. Auf allen Schlachthöfen, mit Ausnahme von vier, werden die Schafe vor der Schlachtung betäubt und bei den letzteren wurden vier finden Schafschlachten überhaupt nicht statt.

Der Verein Berliner Schankwirte mit weiblicher Bedienung beschloß, beim Polizeipräsidium dahin vorstellig zu werden, daß unter sittenpolizeilicher Kontrolle stehenden Personen unterlagt werde, sich als Kellnerinnen zu bemerken. Es soll dabei

auf den Widerspruch hingewiesen werden, daß die Konzeption für eine Damentrippe verweigert werde, wenn Prostituierte im Hause wohnen, daß aber dieselben Personen, wenn sie aus dem Hause entfernt worden sind, im Lokale selbst teilnehmen sein dürfen.

Arbeiterfrage in Steinhauereien. Am 1. Oktober d. J. treten die vom Bundesrat am 20. März d. J. erlassenen neuen Bestimmungen zum Schutze der Arbeiter in Steinhauereien in Kraft, die auch auf die zahlreichen Berliner Betriebe dieser Art Anwendung finden. Es wird in denselben zunächst von allen größeren, mehr als fünf Arbeiter beschäftigenden Steinhauereibetrieben, soweit sie sich nicht auf Bauplätzen befinden, die Beschaffung ausreichender Unterkunftsräume für ihre im Freien thätigen Leute gefordert. Die Räume müssen vollständigen Witterungsschutz bieten, nötigenfalls geheizt werden, und für jeden Arbeiter einen Sitzplatz enthalten, sie dürfen zu andern Zwecken, z. B. als Lagerräume nicht verwendet werden und sind mit Vorrichtungen zum Wärmen der Speisen auszustatten. Zugleich ist für ausreichende Bedürfnisanstalten zu sorgen. In allen Steinhauereibetrieben, also auch wenn sie weniger als 5 Arbeiter haben, und in denen auf Bauplätzen, müssen für die im Freien thätigen Arbeiter, Schutzhäuser oder Arbeitsbuden aufgestellt werden, letztere haben auf mindestens 3 Seiten, jedenfalls aber auf der Windseite Schutz zu gewähren. Gefordert wird ferner, daß gutes Trinkwasser zur Verfügung steht. Besondere Vorsicht wird für die Arbeiter mit Sandstein verlangt. Es gilt für Steinhauereien vor allem eine neunstündige Maximal-Arbeitszeit auch für die Erwachsenen. Ferner dürfen die Steinhauer nicht näher als in Entfernungen von zwei Meter von einander arbeiten. Die Werkstätten sind täglich zu reinigen, ihr Fußboden muß bei trockenem Wetter feuchtgehalten werden. Venen sollen auch die Werkstätten werden, wenn es aus technischen Rücksichten irgend angängig ist. Vollständig ausgeschlossen bei der trockenen Verarbeitung des Sandsteines ist die Beschäftigung der Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter. Dasselbe Verbot gilt für die Arbeiterinnen an Transport- und Verladungsarbeiten und für die Arbeiterinnen, außerdem für jede Thätigkeit überhaupt, bei der Steinstaub entsteht. Alle diese Einschränkungen für die Beschäftigung weiblicher Hilfskräfte, treten jedoch abweichend von den übrigen mitgeteilten Bestimmungen erst am 1. Oktober 1903 in Kraft.

In sämtlichen Steinhauereibetrieben ist endlich eine Tafel, die diese Bestimmungen enthält, anzuhängen. Solche Tafeln können u. a. von der Buchhandlung von Fr. Kortkamp, Berlin W., Wittenbergplatz 3a, bezogen werden.

Gespenskererscheinung. Ahlwardts Wiederauftreten hatte gestern ein großes Aufsehen von Antisemiten aller Richtungen und Neugierigen nach Kellers Festfällen in der Koppenstraße herbeigelockt. Herr Ahlwardt erklärte u. a., er sei zur Zeit des Judenbrennensprozesses und seines Kampfes wider die Worte von seinen besten Freunden verkauft und verlassen worden, das habe ihn sehr geschmerzt. Dann traf ihn der schwere Schlag, daß sein treuester Mitarbeiter, sein Schwiegersohn Gastwirt Bode irrsinnig wurde und sich noch heute in der Irrenanstalt befindet. Da habe er sich zurückgezogen. Er sei in der Zeit viel herumgekommen, überall habe man ihn gebeten, doch ja nicht die Fahne des Antisemitismus zu verlassen. Nach den letzten Bankrott habe es ihm keine Ruhe mehr gelassen, er wittere Morgenluft und gebe sich nun wieder mit voller Kraft in die antisemitische Agitation zu stürzen.

Herr Ahlwardt vergißt, daß ein „Frog“ nur einmal zieht und dann nicht wieder. Mit seiner unglücklichen Erscheinung als Revenant dürfte er auch dem furchtbarsten Juden nicht mehr gruselig machen; bei seinen Freunden wird er aber sicher Sorge und Bekümmernis wecken.

Herr Volke schreibt uns zu dem gestrigen Bericht über die Mißhändler-Versammlung: Unter Bezugnahme auf den in dem heutigen Morgenblatt Ihrer werthen Zeitung Nr. 224 wiedergegebenen Bericht des Vorsitzenden des Vereins Berliner Mißhändler, Herrn A. Wiesner, an die Versammlung dieses Vereins, findet sich die Nachricht, daß ich beabsichtige, vom 1. Oktober d. J. ab die Mißhändler-Schuldenpreise in den Verkehr zu bringen. Diese Mitteilung ist unwarhaft.

Die Untersuchungssache gegen den falschen Baron Erlanger dürfte einen ganz gewaltigen Umfang annehmen. Dem Aufseher nach war ein groß angelegtes Schwindelunternehmen beabsichtigt, bei welchem E. nur als Puppe figurieren sollte, während sich seine Mißschuldigen vorzüglich im Hintergrund halten wollten. Als Mißschuldige verdächtigt werden zunächst zwei Personen, ein Agent und ein Privatier, die jedoch beide aus Berlin verschwunden sind. Sie haben sofort nach Bekanntwerden der falschen Namensbeilegung Erlangers und nach vor dessen Verhaftung die Reichshauptstadt verlassen und sollen sich zur Zeit im Auslande befinden. Erlanger ist allem Anschein nach geistig nicht normal. Er ist schon vor zwei Jahren entmündigt und befand sich bis Anfang dieses Jahres in einer Heil-Anstalt in Pantow. Er dürfte zur Beobachtung seines Geisteszustandes jedenfalls nach der neuen Charité gebracht werden. Wie schon mitgeteilt worden ist, hat die Straußberger Reimbahn-Verwaltung die Auszahlung der Beihilgen inhibiert, weil Erlanger unter seinem angenommenen Namen zwei Pferde kaufen ließ, von denen das eine als erstes das Ziel erreichte. Jedenfalls dürften die Beihilgen aber zur Auszahlung kommen, da die Pferde selbst auf ihren richtigen Namen gemeldet und auch das Nationale korrekt angegeben war. Durch die bloße unrechtmäßige Beilegung des Baron-Titels seitens des Erlanger dürfte ein Einfluß auf den Totalfaktor-Stand kaum ausgeübt worden sein.

Straßensperrung. Die Burgstraße an der Kaiser-Wilhelm-Brücke und die Kaiser-Wilhelmstraße zwischen der Spree und der Stadtbahn wird behufs Ausführung des Röntgenkanals in der Kaiser-Wilhelmstraße vom 25. d. M. ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

Feuerbericht. Ein größeres Löschaufgebot wurde infolge mehrfacher Meldung Donnerstagnachts nach der Fildisstr. 13 gerufen. In dem Rebenhause Nr. 14 war vor einigen Wochen ein Dachstuhlbrand ausgebrochen, weshalb jetzt das Dach ausgebessert werden sollte. Die damit betrauten Arbeiter kochten nun Feuer in einem großen Kessel unbefugterweise auf dem Dache des Nachbarhauses Nr. 13. Der Kessel fiel um und die Wasse fing Feuer, so daß hohe Flammen emporloderten. Die erschrockenen Hausbewohner alarmierten die Feuerwehr von verschiedenen Seiten. Die Löschkräfte konnten indes bald wieder abrufen, weil die Gefahr in kurzer Zeit beseitigt wurde. Der Besitzer des Hauses Nr. 13 wird eine Schadenersatzklage gegen seinen Nachbar anstrengen. Am Mittwoch hatte die Wehr in der Hagenauerstraße 12 einen Brand abzuschließen, der den Fußboden und die Kellertage ergriffen hatte. Nachmittags 5 Uhr hatte die 1. Compagnie in der Grenadierstr. 42 längere Zeit zu thun. Hier war in einer Wohnung ein größeres Feuer ausgebrochen, das Möbel, Kleidungsstücke u. c. erfaßt hatte. Es mußte daher mit einer Schlauchleitung längere Zeit Wasser gegeben werden, um die Flammen zu ersticken. Von dem Inhalt der Stube ist nur wenig gerettet. Abends 9 Uhr wurde die 5. Compagnie nach dem Schillerplatz gerufen, wo unbekannte Personen die Anschlagplätze an der Ecke der Markgrafen- und Jägerstraße in Brand gesetzt hatten, der aber sofort erstickt wurde. Außerdem hatte die Wehr in der Zwischengasse noch Alarmierungen von der Koblaustr. 14 und von der Halleschenstr. 1 zu verzeichnen. In beiden Fällen handelte es sich jedoch nur um zeringfügige Anlässe.

Aus den Nachbarorten.

Aus Schöneberg wird uns mitgeteilt, daß der Wahlsprüng-Ausschuß einstimmig beschlossen hat, der Stadtverordneten-Versammlung zu empfehlen, daß sie die Wahl unseres Parteigenossen Obft für gültig erkläre.

Die schwere Leuchtgas-Vergiftung im Hause Dippelstr. 30 zu Steglitz, welche den Tod zweier Damen zur Folge hatte,

wird nunmehr ein strafgerichtliches Nachspiel erhalten. Wegen fahrlässiger Tötung, begangen am 3. April d. J. an der 79 Jahre alten Kanalarbeiterin Bierske und ihrer 32jährigen Tochter, ist gegen den Klempner Weiß in Steglitz, der die Gasleitung am Tage vorher fahrlässig repariert haben soll, Anklage erhoben worden. Der Termin ist auf den 25. Oktober angelegt.

In dem Selbstmorde des Schuhmachergesellen Rauffsch in Rixdorf wird uns von dem Vorsitzenden des dortigen Handlungs-Ambaleins mitgeteilt, daß die Ursache zu der That nicht in einer Unterdrückung zu suchen sei; die Vereinsgelder seien vielmehr von Rauffsch richtig abgeliefert worden.

Ein gestohlener Möbelwagen. Ein seltsamer Diebstahl hat sich in Friedenau ereignet. Es ist dort ein auf einem freien Platz aufgestellter großer Möbelwagen der Firma Leo Leu, Handwerkerstr. 57, gestohlen worden. Vermutlich haben die Thäter sich des Ungetüms unter dem Schutz der Nacht bemächtigt, indem sie mitgebrachte Pferde vorspannten, worauf sie wahrscheinlich ihren Kurs nach Berlin oder einem der größeren Vororte genommen haben werden, um den Wagen bei Umzügen praktisch zu verwerten.

Potsdam. Einen bösen Reifall erlitten die hiesigen Antisemiten bei dem Versuch, die Fleischnot für ihre Parteizwecke auszuschlachten. Der Deutsche Volksbund hatte für Dienstagabend eine Volksversammlung mit dem Thema: „Die Fleischsteuerung und was sind die Ueberer der selben“ einberufen. Referent war der Redacteur Wilberg-Berlin. An der Hand von zum Teil unrichtigen oder aus dem Zusammenhang gerissenen Zahlen suchte Wilberg zu beweisen, ein Fleischnot im deutschen Vaterlande überhaupt nicht existiere, die Fleischsteuerung dagegen eine Folge der Manipulationen der Zwischenhändler, natürlich insbesondere der jüdischen, sei. Der von freisinniger Seite erschienene Dr. Bernstein, sowie der Kandidat unseres Kreises, Dr. Karl Liebknecht, ließ dem Herrn eine glänzende Absuhr zu Teil werden. Der stürmische Weifall, den die von bürgerlicher Seite stark besuchte Versammlung den zwingenden Ausführungen unfres Genossen Liebknecht zu Teil werden ließ, bewies, wie weit die Erregung über die Fleischnot im bürgerlichen Lager gegriffen hat. Mit nahezu Einstimmigkeit wurden folgende, von unsrer Seite eingebrachte Resolutionen angenommen: I. In Anbetracht der durch die Grenzsperrung entstandenen außerordentlichen Fleischnot, welche eine bedenkliche Unterernährung der minder bemittelten Bevölkerung zur Folge hat, ersucht die heutige öffentliche, aus allen Schichten der Bevölkerung besuchte Versammlung die Regierung um schleunige Beseitigung der Einfuhrverbote. II. In Erwägung, daß die zeitigen ungewöhnlich hohen Fleischpreise die vitalsten Interessen unsrer gesamten Bürgerschaft berühren, insbesondere eine ausreichende Ernährung der Arbeiter und des Mittelstandes verhindern, und in fernerer Erwägung, daß nach Lage der tatsächlichen Verhältnisse eine weitere Steigerung der Fleischpreise zu erwarten steht, muß die Petition des hiesigen Magistrats, welche sich an den Reichstag gegen die von der Zolltarif-Kommission vorgesehene Aufhebung der Kommunal-Schlachtsteuer richtet, als ein schwerer Verstoß gegen die Interessen des Allgemeinwohls bezeichnet werden. Die heutige Versammlung spricht die Hoffnung aus, daß sowohl der Magistrat, wie die Stadtverordneten-Versammlung bei den mahgebenden Körperschaften um Aufhebung der Grenzsperrung für die Einfuhr lebenden Viehes so eifrig wie möglich vorstellig werden. Ferner fordert die heutige Versammlung die Aufhebung der Kommunal-Schlachtsteuer.

Dem Reichstags-Abgeordneten Pauli als Leiter der Versammlung fiel die Aufgabe zu, die beiden Resolutionen an die zuständigen Körperschaften abzuführen.

Gerichts-Zeitung.

Einen ganz gemeinen Schurkenreich hat der Arbeiter Michael Kubial in Gemeinschaft mit dem Schlosser Franz Witted, die beide gestern wegen Meineids bezw. Anstiftung zum Meineide vor dem Schwurgericht standen, verübt. Witted ist der Schuldigere von beiden. Er hat nicht nur seinen Mitangeklagten zu bewegen gewußt, ihm zur Liebe eine Unwahrheit mit dem Eide zu bekräftigen, sondern auch versucht, noch einen andren zu diesem schweren Verbrechen zu verleiten. Gegen Witted hatte ein Mädchen, welches nur mit ihm in einem intimeren Verkehr getreten war, die Alimenterklage eingereicht. Sie wurde mit ihrer Klage abgewiesen, da plötzlich der Angeklagte Kubial auf der Bildfläche erschien und zu ihrem Entsetzen wahrheitswidrig vor dem Amtsgericht beschwor, daß auch er mit ihr Umgang gehabt habe. Er war zu diesem Meineide von Witted bestimmt worden, der ihn durch Getränke und ein Zehnmarsstück zu einem gefügigen Werkzeug für seine Schurkerei gemacht hatte. Als dann der Termin vor dem Landgericht stattfand, redete Witted auf ihn ein, daß er nun daselbe beschwören müsse, wie vor dem Amtsgericht, da es ihm sonst sehr schlecht gehen würde. So ging denn Kubial hin und leistete nochmals einen Meineid, obgleich ihm das Mädchen gegenübergestellt wurde und ihn laut der Unwahrheit bezichtigte und obgleich vom Gericht ein sehr sorgfältiges Protokoll über seine Anklage aufgenommen wurde. Witted hat dann nach einem andern Verleumdungs-Geldverprechen überredet worden, dem Weipiel-Kubial zu folgen. Dieser Versuch ist aber gescheitert, da der zum Eideshelfer Auserwählte diese Zumutung mit Entrüstung zurückwies. — Im gestrigen Termin war Kubial geständig, ein Opfer der Ueberredungs-lust Witted geworden zu sein, während letzterer trotz der Wichtigkeit des Schudbeweises sich aufs Leugnen legte. — Auf Grund der Beweisaufnahme und in Gemäßheit des Spruches der Geschworenen verurteilte der Gerichtshof Kubial zu 1 Jahr 3 Monaten Zuchthaus, Witted zu 4 Jahren Zuchthaus.

Betrogene Liebe. Eine recht trübe Geschichte erzählte gestern vor dem Schöffengericht das Dienstmädchen L., das als Belastungszeugin gegen ihren ehemaligen Bräutigam, den Kutcher Hermann Herzog geladen war. Sie „gingen“ beide zusammen. Sie diente als Hausmädchen in einem Hause, wo der Angeklagte als Kutcher thätig war. Sie gingen beide zusammen zum Tanze und er versprach ihr wieder und immer die Ehe. Unter diesem Gesichtspunkte gab sie ihm willig ihre Ersparnisse hin, bald 50 M., bald 10 M., 20 M., 100 M. usw. und schließlich ließ sie sich auch überreden, ihm 300 M. zu übergeben, weil er ihr vorredete, er könnte sich und ihr eine schöne Existenz begründen, wenn er diese Summe als Kaution stellen könnte. Sie hatte gar kein Mißtrauen gegen seine reellen Absichten, um so weniger, als sie ihm ein süßes Geheimnis anvertrauen mußte und er auch nach dieser Richtung alle Zukunftspläne in aller Ruhe mit ihr besprach. Da wurde der Angeklagte, ein hübscher, hochgeschlossener Mensch, zum Mörder eingezogen, und von da an ließ er nichts mehr von sich hören. Das Mädchen kam in eine böse Lage. Sie mußte ihre Dienststelle aufgeben, bei ihren Eltern durfte sie sich in dem Zustand, in welchem sie sich befand, nicht blicken lassen, und sie war froh, als sich eine mitleidige Seele fand, die sie in ihren schweren Stunden aufnahm. Sie hatte wiederholt flehentliche Briefe an den Angeklagten gerichtet, sie nicht zu verlassen, sondern sein Ehebündnis zu erfüllen, sie teilte ihm auch die Geburt eines Kindes mit — es war aber alles umsonst; der Angeklagte hätte sich in Schwelgen und überließ sie ihrem Schicksal. In ihrer Not und Verzweiflung ist sie dann zum Staatsanwalt gelaufen und hat Anzeige gegen den Treulosen erstattet. Sein Verteidiger suchte nachzuweisen, daß der Angeklagte zwar unmoralisch gehandelt habe, aber wegen Betruges nicht bestraft werden könne, da er sich die Gelder nicht unter falschen Vorspiegelungen erschwindelt, sie vielmehr je nach Bedarf von der Frau erhalten habe. Der Gerichtshof war der Ueberzeugung, daß der Angeklagte von Anfang an nicht die ernste Absicht gehabt habe, das Mädchen zu heiraten. Er habe ein armes Dienstmädchen schände hintergangen, sie um ihre Ersparnisse gebracht, sie um ihre Zukunft betrogen und ihr auch noch die Ehre genommen. Der Gerichtshof verurteilte den Angeklagten zu 6 Monaten Gefängnis.

Die Berichterstattung über den Münchener Parteitag erfolgte in einer öffentlichen Parteiversammlung für Rixdorf, die am Mittwoch im Lokale von Thiel in der Bergstraße tagte. Der Referent Böcke sprach sich anerkennend über die freundliche Aufnahme aus, die den Delegierten in München zu Teil wurde und berichtete dann eingehend über die verschiedenen Punkte der Verhandlungen. — Darauf gab Frau Thiel den Bericht über die Frauenkonferenz und hob dabei hervor, welche scharfe Verteilung das Vorgehen der Polizei bei der Brandenburger Konferenz auf der Frauenkonferenz erfahren hat. Die Referentin schloß mit einem Appell an die Frauen des Kreises, sich recht regen an den Agitationsarbeiten zu beteiligen. — In der Diskussion sprach unter anderem Vollmann, der die Arbeitsleistung des Parteitages anerkannte; die Debatte über die „Neue Zeit“ aber bedauerte. Solche Meinungsdivergenzen sollten in kleineren Kreisen erledigt werden. — Potani ist mit der Stellungnahme des Parteitages in der Polenfrage nicht einverstanden, Genossen, die die polnische Sprache nicht kennen und ebensowenig die Verhältnisse, sollten in den polnischen Kreisen nicht laudieren. — Nachdem Böcke dem gegenüber die Beschlüsse des Parteitages verteidigt hatte, wurde folgende Resolution gegen eine Stimme angenommen:

„Die Versammlung erklärt sich mit den Beratungen des Münchener Parteitages einverstanden und verpflichtet sich, die Beschlüsse desselben zur Durchführung zu bringen, die Ideen des Sozialismus nach besten Kräften in die indifferenten Massen zu tragen und für die Wahl unfres Kandidaten Jubel alle Hebel in Bewegung zu setzen, daß dieser im ersten Wahlgang gewählt wird.“

Frau Böcke machte auf die für die Frauen in Rixdorf veranstalteten Diskussionsabende aufmerksam, über deren Abhaltung im „Vorwärts“ nähere Mitteilung gemacht werden wird, und ersuchte um rege Beteiligung.

Die Arbeiter der Großen Berliner Straßenbahn beschäftigten sich in einer von der Metallarbeiter-Gewerkschaft einberufenen Versammlung mit dem Verhalten ihrer Vorgesetzten. Morike bedauerte in seinem Referat, daß die Betriebsleitung, trotzdem sie brieflich eingeladen, nicht erschienen war, und kritisierte dann das brutale und plötzliche Entlassen der Arbeiter. Er wandte sich letztere nach dem Grund der Entlassung, so weit selbst der Obermeister denselben nicht anzugeben. Der Ober-Juener aber, der früher erklärt hat, jedem Rede und Antwort zu stehen, erklärt auf Befragen ganz einfach, seine Werkmeister haben ihm diesen oder jenen Grund angegeben und folglich sind sie entlassen. Redner ist der Meinung, daß man auf diese Art nur diejenigen Arbeiter los werden will, die sich gegen das Ausbeutungssystem der Großen Berliner Straßenbahn und für das Recht ihrer Kollegen eintreten.

In der Diskussion wurden die Ausführungen des Referenten bekräftigt und besonders auf das Verschickungsfest hingewiesen, das man den Vertretern der Berliner Presse gegeben hatte. Morike ging in seinem Schlußwort auf letzteres besonders ein und führte aus, daß ein Berliner Blatt, das sich seiner Arbeiterfreundlichkeit rühmt, wohl einen schwingvollen Lobartikel über die inneren Einrichtungen der Großen Berliner brachte, als Redner aber diesem Blatte, der „Berl. Morgenpost“, einen kurzen Gegenartikel einsandte und darin die wahren Verhältnisse anführte, da war man müssig und machte dem Einsender nicht einmal Mitteilung, warum man diesen Artikel nicht aufgenommen hat. Redner warnt vor der Unterstüßung bürgerlicher Blätter, die Arbeiter sollen nur diejenigen Zeitungen lesen, die sich ausschließlich den Interessen der Arbeiter annehmen. Die von circa 300 Personen besuchte Versammlung schloß mit der Annahme einer Resolution, in der sich die Kollegen verpflichten, alle vorkommenden Fälle sofort der Organisation zu melden, damit dieselben der Öffentlichkeit unterbreitet werden können.

Die Arbeiter der chirurgischen Branche hielten am 20. d. M. eine Versammlung ab, in der unter anderem bekannt gegeben wurde, daß bei der Firma Hempfer infolge der scharfen Kritik, die diese Werkstatt wegen der daselbst bestehenden Mißstände erfahren hat, bereits zwei Kollegen entlassen worden sind.

Rummelsburg. Hier fand am 24. September eine von ungefähr 400 Personen besuchte Protest-Versammlung gegen die Fleischnot statt. Reichstags-Abgeordneter Peus schilderte in treffender Weise die durch die herrschende Zollpolitik hervorgerufenen Zustände. In der Diskussion sprachen Arbeit, Ritter und John im Sinne des Referenten. Nachstehende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die Versammlung protestiert energisch gegen die notwendigen Lebensmittel verteuernde agrarierfreundliche, aber volksauswuchernde Regierungspolitik. Sie verspricht dieselbe zu beantworten mit energischer Agitation für die dieser Bewahrung des Volkes allein grundbühlich entgegenstehende Sozialdemokratie, mit kräftiger Unterstützung ihrer Presse, sowie mit massenhaftem Beitritt zur sozialdemokratischen Partei-Organisation. Auch erklärt die Versammlung gegenüber dem Lebensmittel-Wucher der Lebensmittel-Produzenten die Organisation der Konsumenten für eine unabwendbare Notwendigkeit.“

Steglitz. Die zum Mittwochabend nach dem Viktoria-Waldchen einberufene Parteiversammlung gegen Fleischnot und Grenzsperrung nahm nach einem Referat des Genossen Ewald-Berlin eine diebsbeglähliche Resolution einstimmig an. In der Diskussion wurde die Haltung des Steglitzer Gemeindevorstandes und der Gemeindevertretung in der Fleischfrage einer Kritik unterzogen und die Klagen der Agrarier über die hohen Arbeitslöhne, welche sie den Landarbeitern zahlen müssen, durch die Mitteilung illustriert, daß der bekannte Oberamtmann Ring-Düppel seinen männlichen Arbeitern einen Tag Lohn von einer Mark, den Frauen gar nur 50 Pf. zahlt. Für diese Bedauerndwerten ist die Fleischfrage auf die einfachste Art gelöst: sie können bei diesem erbärmlichen Einkommen kein Fleisch kaufen, ob es nun billig oder teuer ist.

Sozialdemokratischer Agitationsverein in der Reichstags-Wahlkreis Kalan-Ludow. Samstag, den 27. d. Mts., abends 8 Uhr, bei Karl Schulze, Diefenbachstr. 54: Mitglieder-Versammlung.

Vermishtes.

Tullius Murri, der Mörder des Grafen Bonmarini, bewohnt im Kreisgericht zu Rovereto eine ordentlich durchgelüftete und gut beleuchtete Zelle. Gewöhnlich liegt er auf dem Bette und liest. Jeden Tag kann er sich eine Stunde lang im Hofe ergehen, natürlich unter strenger Bewachung. Die Kost teilt er mit den andren Gefangenen, obwohl er sie von auswärtig beziehen könnte. Die Wunde, die er im Kampfe mit seinem Opfer, dem Grafen Bonmarini, davongetragen hat, ist so gut wie verheilt. Mit den Wächtern spricht Murri fast gar nicht. Er zeigt sich, wie Tröler Blätter berichten, nicht niedergeschlagen, nur giebt er wiederholt seiner Spannung Ausdruck, daß er bald ausgeliefert werden möge. Auf Verlangen des Staatsanwalts von Bologna darf Murri mit niemand außer den Wächterpersonen verkehren.

Witterungsbericht vom 25. September 1902, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-Höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. C. in 1 m Höhe	Stationen	Barometer-Höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. C. in 1 m Höhe
Bismarck	771	SW	3	Mil. Neb.	9	Capotaormina	768	SW	2	Rebel	5
Breslau	769	SW	3	Rebel	7	Petersburg	771	SW	3	Rebel	5
Berlin	770	SW	1	Rebel	8	Genoa	772	SW	1	Rebel	12
Bonn	768	D	1	Mil. Neb.	12	Aberdeen	—	—	—	—	—
Bremen	769	SW	2	Rebel	7	Paris	769	SW	2	Rebel	12
Bonn	770	SW	3	Mil. Neb.	8	—	—	—	—	—	—

Wetter-Prognose für Freitag, den 26. September 1902. Gleitlich trübe mit etwas Regen, mäßigen nördlichen Winden, wärmerer Nacht aber sinkender Tagestemperatur. Berliner Wetterbureau.